

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Vittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Silberband Bochum.

Maienlohnung 1931: 40stündige Arbeitswoche!

P. Z. Die letzten Jahrzehnte haben gewaltige Umwälzungen gebracht. Das ist sowohl auf geistlichem und politischem, als auch auf wirtschaftlichem Gebiete festzustellen. Man erinnere sich nur an das Jahr 1889. Damals waren 400 Vertreter der Arbeiterklasse aus zwanzig Kulturstaaten in Paris zu gemeinsamer Tagung versammelt. Die bemerkenswerteste Leistung dieses Kongresses war der Beschluß, den 1. Mai zum **F e i e r t a g** der Arbeit zu erheben. Gleichzeitig sollte an diesem Tage das internationale Proletariat für die gemeinsamen Forderungen der Arbeiterklasse demonstrieren. Neben dem Rufe nach Arbeiterrechten und Arbeiterschutz war es insbesondere der Ruf nach Arbeitszeitverkürzung auf ein Höchstmaß von acht Stunden täglich, der dort zur Lösung für die Maidemonstrationen erhoben wurde.

Haß und Hohn zugleich wurde von der damaligen bürgerlichen Reaktion dieser Forderung entgegengebracht. Haß, weil das geruhame Bürgertum nicht gestört sein wollte in der Absicht, sich auf Kosten der Beschäftigten immer behaglicher einzurichten im Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben. Hohn, weil man es als ungeheure Annäherung der beschloßen Habenichtse empfand, neben acht Stunden Schlaf auch acht Stunden Freizeit bei acht Stunden Arbeit zu verlangen. Jede Arbeitszeitverkürzung wäre der damaligen Reaktion gleich erschienen einer Schwächung ihrer Einkünfte, die ihr aus der Ausbeutung der Lohnarbeiterschaft zufließen.

Aber trotz Haß und Hohn ging sowohl die Arbeiterklasse selbst als auch die geschichtliche Entwicklung ihren unaufhaltbaren Weg. Der Ruf nach Arbeitszeitverkürzung auf acht Stunden täglich, der damals als Ausdruck einer heranschleichenden revolutionären Gefahr gewertet wurde, ist heute schon Beweis rückständiger Wirtschaftsanschauung. Statt achtfündiger Arbeitszeit drängen uns die Wirtschaftslagen immer unaufhaltbarer die sieben-, ja sogar die sechsfündige auf.

Gerade in diesen Tagen erheben die freien Gewerkschaften deshalb ihre Forderung auf gesetzliche Verankerung der vierzigstündigen Arbeitswoche besonders nachdrücklich! Das geschieht einmal aus dem Zwange heraus, Platz zu schaffen für einen Teil der Millionenmasse, die heute beschäftigungslos auf der Straße steht; zum andern aber auch aus der Erkenntnis, daß der Stand der Technik und die Beschaffenheit unseres Wirtschaftsapparates es ermöglicht, in vierzigstündiger Arbeitswoche den Bedarf der Gesellschaft an Wirtschaftsprodukten zu befriedigen, wenn alle Menschen in den Wirtschaftsmechanismus eingegliedert sind.

Im Effekt arbeiten jetzt schon große Teile der Arbeiterschaft **vierzig Stunden und weniger in der Woche.**

So gibt z. B. die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 9. April 1931 folgende Arbeitszeiten bekannt, die in den aufgeführten Gewerben im Monat Januar 1931 infolge der Feierlichkeiten effektiv bestanden:

Gewerbe	pro Woche
Maschinenbau	40,1 Std.
Ledererzeugung	34,04 „
Baumwollweberei	37,52 „
Schuhindustrie	35 „
Zigaretten	33,8 „
Teppich- und Möbelfabrikation	37,6 „
Ruhrbergbau	38,5 „

Man erzieht daraus, daß die Frage der vierzigstündigen Woche schon spruchreifer ist, als allgemein angenommen wird. Hier muß unbedingt nun die ordnende Tat folgen, d. h. es muß durch Gesetz dieser Arbeitszeitzustand legalisiert werden. Nie wieder wird für die Arbeiterschaft die Situation so günstig werden als jetzt, um durchgreifende Erfolge im Streben nach Arbeitszeitverkürzung zu erringen. Sicher sind viele Arbeiter, die heute noch so glücklich sind, Arbeit, ja gar Vollarbeit zu haben, gegen solche Arbeitszeitverkürzung so lange, als nicht der sogenannte Lohnausgleich garantiert ist. Diesen Standpunkt aber kann nur der vertreten, der noch nicht den ganzen Einblick in die zeitlichen Entwicklungszustände gewonnen hat. Was hier bezüglich Arbeitszeitgestaltung zur Lösung steht, ist mehr als ein zeitliches Lohnproblem, es ist ein Geschichtsproblem für die Arbeiterklasse!

Es ist für die privatkapitalistische deutsche Volkswirtschaft einfach unmöglich, auf die Dauer vier Millionen Arbeitslose, mit ihren Zugehörigen also rund fünfzehn bis zwanzig Millionen Deutsche, über den Weg der Unterstützung erhalten zu können. Aber nicht nur für die privatkapitalistische, sondern auch für eine sozialistische deutsche Volkswirtschaft wäre das unmöglich. Deshalb bleibt vorerst die vierzigstündige Woche nicht nur ein von den Gewerkschaften erwünschtes, sondern von der Entwicklung uns unausweichlich aufgedrückter Weg, den wir gehen müssen. Das gilt wenigstens so lange, als nicht auf anderem Wege die Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen sich ermöglicht.

Geschieht nämlich gar nichts, bleiben die Millionen Arbeitslosen ihrem Schicksal überlassen bei steigender Hoffnungslosigkeit auf Arbeit, dann werden daraus Gefahren erwachsen für Gesellschaft und Staat, die deren geordnete Weiterentwicklung be-

drohen. Es ist nämlich so, daß sich der wachsenden Hoffnungslosigkeit auf Arbeit jetzt schon

die stete Schwächung der Unterstützung

zugefellt auf sogenanntem kaltem Wege. Es wachsen immer mehr Unterstützte aus der Arbeitslosenversicherung heraus, um der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung anheimzufallen. So gehörten von den unterstützten Arbeitslosen an:

	Arbeitslosenversicherung	Krisenunterstützung	Wohlfahrtsunterstützung
1929: Januar	81	5	14
Februar	81	5	14
1930: Januar	69	8	23
Februar	71	8	21
1931: Januar	52	17	31
Februar	52	18	30

Es zeigt sich daran, daß das Elend der Arbeitslosen, insgesamt gesehen, stetig wächst. Man vergleiche weiter, daß zur Zeit schon vielerorts die Säge in der Wohlfahrtsunterstützung herabgesetzt wurden und auch weiterhin herabgesetzt werden. Das muß zu unhaltbaren Zuständen führen! Und das muß heute

Die Weltarmee der Arbeit Zum 1. Mai.

Achtzehn Millionen Kämpfer stehen in Reih und Glied der gewerkschaftlichen Internationale.

Achtzehn Millionen Soldaten, in freiwilliger Disziplin geschult, schlugen ihre Zelte auf in allen Ländern der Erde.

Sie sind die Vorhut der wahren Kultur, der Gerechtigkeit, des Gewissens.

Sie wissen, was sie wollen:

die Arbeit zu erlösen aus der Knechtschaft des Mammons, sie mit Achtung und Würde zu adeln;

die Selbstherrschaft des Volkes, den sozialistischen Staat zu proklamieren und die Produktionsmittel als Besitz der Allgemeinheit zu erklären;

die Verständigung der Völker untereinander zu fördern und so die Ursachen der Kriege zu entwurzeln;

die Gemeinschaft schaffender Stände zu bauen wider die Unkultur kapitalistischer Selbstsucht;

die Erzeuger der Werte zu heben aus Demut und Knechtseligkeit zu Selbstbewußtsein und Menschenwürde;

die Erkenntnisse der Wissenschaft, die Errungenschaft der Technik dem geistigen und leiblichen Wohlergehen eines jeden Menschen dienstbar zu machen.

Die Weltarmee der Arbeit marschiert durch alle Länder der Erde. Keine Grenze hält ihren Vormarsch auf. Nicht Elend und Vernichtung folgt ihren Spuren, sondern Friede, Freiheit und Wohlstand.

Die Weltarmee der Arbeit ringt standhaft mit einem Feind, dem noch alle Machtmittel dienstbar sind. Sie wird aber diese Machtmittel zerbrechen, sie wird siegen, weil sie die Sache der Gerechtigkeit, der Beglückung der Menschheit vertritt. Unablässig, unaufhaltsam wird sie wachsen, bis die Stunde der Entscheidung schlägt.

Die Weltarmee der Arbeit wird die rote Siegesfahne aufpflanzen auf dem Berge der Zukunft: das ist unser Glaube. Sie ist unsere Hoffnung, unsere Zuversicht, die uns im Kampfe um das edelste Ziel der Menschheit nicht erlahmen läßt. Ihr wollen wir in unserem Verbands dienen, jetzt und immerdar!

Victor Kalinowski.

von allen eingesehen werden. Es kommt weiter hinzu, daß ohne künstliche staats- und wirtschaftspolitische Abwehr die Arbeitslosigkeit noch weiter wächst. Wenn wir in diesem Sommer vier Millionen Arbeitsuchende behalten, werden bis Herbst und Winter noch weitere zwei Millionen hinzuwachsen. **Wo gibt es einen Arbeiter, der heute mit Sicherheit behaupten kann, auch dann noch nicht zu den Unglücklichen zu kommen? Und wo gibt es einen Staatsmann, der heute noch behaupten kann, daß wir auch solcher Entwicklung gegenüber beruhigt sein können?**

Das sind die Fragen, auf die jeder Arbeiter und jeder Staatsmann, der gegen die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung der vierzigstündigen Woche ist, in aller Ruhe einmal die Antwort suchen soll. Wir sind überzeugt, daß dann auch der letzte Widerstand gegen unsere Forderung fallen wird. Gewiß, damit ist nicht der Weg aus der Krise gefunden, aber damit ist die Konsequenz aus dieser Krise in sozialwirtschaftlicher Hinsicht gezogen. Der Weg aus der Krise liegt nach wie vor auf kapitalwirtschaftlichen Gebieten. Hier bleibt nur die Möglichkeit der Kaufkraftstärkung durch Preisenkung bei gleichbleibenden Löhnen, durch Lohn- und Preisenkung bei gleichbleibenden Preisen, oder aber durch Lohn- und Preisenkung zugleich.

Wir wissen, daß das nicht generell und obligatorisch einfach diktiert werden kann, da sicher einzelne Industriezweige, zumindest einzelne Unternehmen, in dieser Frage schwer zu ringen haben. Ebenso sicher ist aber auch, daß große Teile der deutschen Industrieunternehmen trotz der volkswirtschaftlichen Krise noch privatwirtschaftlich gut dastehen. Sie alle aber verstecken sich hinter der volkswirtschaftlichen Not. Leider werden sie gedeckt durch die derzeitige Regierungspolitik auf lohn- und sozialwirtschaftlichem Gebiete.

Wie sehr die Unternehmer sich selbst dieser Tatsache bewußt sind, beweist das Vorgehen der Ruhrzweckbesitzer in diesen Tagen. Wer sich die Abänderungsanträge zum gekündigten Rahmentarif ansieht, merkt sofort, daß es sich hier um nichts weiter handelt, als um Befriedigung des Machtdünkels der „Herr-im-Hause“-Anhänger innerhalb der Ruhrzweckbesitzer. Daß die Leute mit solcher Politik in dieser Zeit herauszutreten wagen, beweist ferner, daß ihnen jegliches Verständnis für die Mentalität abgeht, die diese gewaltige volkswirtschaftliche Krise allgemein erzeugt hat, weil sie selber und privatwirtschaftlich ja nicht darunter leiden. Es ist deshalb nichts als ein frivoles Spiel, das hier geübt wird. Und es liegt auch an der Regierung, endlich den Leuten klarzumachen, daß in diesen Notzeiten kein Raum bleibt für derartige Experimente. Wie wenig

die Forderungen der Zechenbesitzer

von sachlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten getragen sind, erweist eine nähere Prüfung derselben. Es sollen alle fünfköpfigen Familien, die bisher 110 Zentner Hausbrandkohle erhielten, in Zukunft nur 100 Ztr., also 10 Ztr. weniger beanspruchen dürfen. Das Bezugsrecht der siebenköpfigen Familien soll von 120 auf 100 Ztr. reduziert werden. Weiterhin erstreben die Zechenbesitzer eine Verschlechterung des Urlaubs. Hier soll eine Kürzung der Urlaubvergütung um 25 Prozent erfolgen. Die Zuschläge für Uebererschichten sollen um die Hälfte ermäßigt werden. Sodann soll das Hausgeld (nicht Kindergeld) von 16 Pf. je Schicht ausfallen.

Wer die Entwicklung auf dem Gebiete der Kohlenproduktion an der Ruhr kennt, der weiß, daß angesichts des stetig steigenden Fördereffektes die mit diesen Maßnahmen beabsichtigte Entlastung sich ganz von selbst ergibt. Sie also jetzt auf Kosten der Bergarbeiterlöhne noch extra zu schaffen, übersteigt alles Vernunftgemäße. Für die Bergarbeiter bedeutet auch die kleinste Einkommensschwächung in dieser Notzeit ein gewaltiges Opfer! Dabei ist es so, daß die Entwicklung des Fördereffektes an der Ruhr, rein rechnerisch gewertet, eine reale Lohnhöhung für den Bergarbeiter erlaubt und gar gebietet. Die Zechenbesitzer aber haben nichts im Auge, als die Verteidigung ihres privatkapitalistischen Machtstandpunktes. Und das muß immer zu Unvernunft führen!

Um so fester und zuverlässiger muß sich nun die Arbeiterschaft in ihren Organisationen zusammensuchen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß von diesem Zusammenstoß und von der Macht, die dadurch geschaffen wird, Wohl und Wehe der nächsten Entwicklungsepoche abhängig ist. Die Zeiten der reinen Profitwirtschaft sind vorbei. Das Allgemeinwohl muß zum leitenden Motiv im Wirtschaftsleben werden. Sowohl die vorhandene Arbeitsmöglichkeit als auch der gesamte Wirtschaftsersatz muß solidarisch aufgeteilt werden. Das erstere kann zum Teil gelingen über die Einführung der vierzigstündigen Woche. Das letztere aber wird nur möglich werden, wenn wir die notwendige organisierte Macht gewinnen, wenn die Arbeiterschaft das notwendige Vertrauen in sich selber und in ihre Organisationen hat. Die große Wandlung innerhalb der letzten vierzig Jahren darf zu diesem Vertrauen berechtigen. Wünschen wir, daß das allen Arbeitern allmählich bewußt wird, damit gleichzeitig die Entwicklung zu immer mehr Freizeit auch zu wachsender Freiheit und endlicher Gleichheit aller Schaffenden im Wirtschaftsleben führt.

Der Weg aus der Krise.

Unfinnige Unternehmerforderungen: Mehrarbeit und weiterer Lohnabbau.

Je länger die Krise dauert, je drückender die Arbeitslosigkeit wird, um so dringlicher werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Milderung der ungeheuerlichen Wirtschaftsnote. So durfte man beispielsweise das Gutachten der Brauns-Kommission, das zur Milderung der Arbeitslosigkeit als die geschickte Einsparung der 40-Stundenwoche vorzieht, zwar als einen schwachen theoretischen, aber immerhin als einen Anfang begrüßen. Und zwar um so mehr, weil der Umfang und die Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zwangsläufig den Weg der Arbeitszeitverlängerung vorschreibt, wenn auch nur ein wesentlicher Teil des Erwerbslosenheeres in absehbarer Zeit wieder in Beschäftigung gebracht werden soll. Um so merkwürdiger ist das Echo, das der Plan einer Arbeitszeitverkürzung im Unternehmerlager ausgelöst hat. Statt einer Verkürzung der Arbeitszeit verlangt man Mehrarbeit und weiteren Lohnabbau. Man widersteht sich demnach im Unternehmerlager nicht nur einer dringlichen Notmaßnahme, sondern versteift sich weiterhin auf höchst unsoziale, vor allem aber auf völlig untaugliche Mittel. Einige Beispiele hierzu:

Auf einer Unternehmertagung, die kürzlich in Dortmund stattfand, führte nach einem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ der Führer des Bergbauvereins in Essen, Dr. Brandt im Zusammenhang mit dem Brauns-Gutachten folgendes aus: „Die Arbeit darf nicht erschwert, sondern muß erleichtert und verbilligt werden. Nur so können die fünf Millionen Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess eingeführt werden. Was heißt die Arbeit erleichtern und verbilligen? Arbeitsverbilligung ist Lohnsenkung.“

„Arbeitsverbilligung ist Lohnsenkung“.

Ausgerechnet ein Wortführer der rheinisch-westfälischen Grubenunternehmer stellt diese These auf, obwohl die praktische Wirtschaftsentwicklung das Gegenteil beweist. Trotz Produktionsrückgang und erheblicher Absatzstockung entwickelte sich beispielsweise im Ruhrbergbau im letzten Jahre der Leistungseffekt und Lohnkostenanteil wie folgt:

	1929	Dez. 1930
Schichtförderanteil je Mann	1271 Kg.	1437 Kg.
Barverdienst	8,92 M.	9,01 M.
Lohnanteil je Fördertonne	7,02 M.	6,27 M.

Die Behauptung, daß eine Arbeitsverbilligung nur durch Lohnsenkung kommen könne, ist somit unwahr und irreführend. Trotz einer kleinen Lohnsteigerung ist, wie die Gegenüberstellung beweist, der Lohnanteil je Fördertonne erheblich zurückgegangen. Durch das Gleichbleiben bzw. das weitere Steigen des Schichtförderanteils und die seit Januar vorgenommene Lohnreduzierung hat sich das Verhältnis in der Folgezeit zugunsten der Zeichen weiter verschoben. Es ist daher grundsätzlich falsch, eine Selbstkosten- und Preisenkung von den Lohnkosten abhängig zu machen. Das haben die Gewerkschaften immer wieder mit besonderem Nachdruck betont. Trotzdem hat sich auch die Brüning-Regierung in der hinter uns liegenden Zeit mehr die wirtschaftspolitische Anschauung zu eigen gemacht. In dem sogenannten Reformprogramm heißt es nämlich: „Deutschland muß rechtzeitig den Anschluß an die Entwicklung der Weltwirtschaft finden, die durch Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer- und Arbeitnehmerschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen uns gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, und so werden die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden.“ Wir können auf Grund der vorstehenden Darlegungen die Richtigkeit dieser Anschauungen nicht anerkennen.

Aber selbst vorausgesetzt, eine Preisenkung sei nur möglich durch einen Lohnabbau, welche Aussichten auf Wirtschaftsbele-

bung ergeben sich dann? Eine Preisenkung mit gleichzeitigen Lohnabbau bringt innerhalb der Volkswirtschaft keine Veränderung, weil durch den gekürzten Preis- und Lohnstand das Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch im Inland nicht verändert wird. Praktische Auswirkungen günstiger Art kann die Preisenkung nur in bezug auf den Auslandswettbewerb haben. Das Programm Brüning spricht daher auch ausdrücklich von dem „Anschluß an den Wettbewerb der Welt“. Die durch den Lohnabbau erstrebte Chance eines günstigen Wettbewerbes wird jedoch nur solange wirksam sein, als die übrigen Staaten bei dem alten Lohn- und Preisstand verharren. In dem Augenblick aber, in dem die übrigen Staaten die Löhne und Preise gleichfalls senken, wird diese Hoffnung zunichte. Es tritt dann der Zustand ein, daß genau wie vorher im volkswirtschaftlichen Rahmen nun vielleicht im europäischen Ausmaße das Lohn- und Preisniveau allgemein gesenkt wird. Durch diese allgemeine Senkung des Lohn- und Preisniveaus wird aber das frühere Verhältnis von Gütererzeugung und Güterverbrauch nicht verschoben, weil die durch den Preisabbau geschaffene zusätzliche Kaufkraft durch den Lohnabbau aufgehoben wurde. Man hat also bestenfalls durch die Senkung des volkswirtschaftlichen Preisstandes — wie es in der Regierungserklärung heißt — nur den „Anschluß“ an den veränderten Weltmarkt gefunden. Keineswegs hat man aber damit eine „Belebung der Produktionsstätten“ erreicht. Grundsätzlich erweist sich somit der Weg des Lohnabbaues nicht als geeignet, die Wirtschaft neu zu beleben.

Das zeigt sich nicht nur grundsätzlich, das wird sich in der nächsten Zeit auch praktisch erweisen. Das heißt, teilweise hat es sich schon erwiesen. Am 15. Dezember zählte man beispielsweise im Ruhrbergbau rund 64 000 arbeitssuchende Bergarbeiter, am 31. März waren 80 600 vorhanden. Trotz Lohnabbau also eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Von entscheidender Bedeutung sind aber folgende Tatsachen, die auf der letzten Romitteilung der Bergarbeiterinternationale berichtet wurden: In Belgien ist ein Lohnabbau von 9 Prozent eingetreten. In England hat der Bezirk Südwales einen Lohnabbau von 10 Prozent annehmen müssen. In Polen ist die Lage sehr ernst. In Dombrowa und Krakau verlangten die Unternehmer Akord und Prämienabbau; Verhandlungen sind noch im Gange. In Frankreich setzten in kleinen Revieren die Unternehmer einen Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent durch. Für Nord und Pas de Calais wurde ein Schiedspruch erzielt, der 4 Prozent Abbau ab 1. April und weitere 2 Prozent ab 15. Mai vorseht.

Zusammenfassend kann man demnach sagen: Die Lohnabbauaktion, die man regierungsseitig und unternehmerseitig als ein Mittel der Wirtschaftsbelebung proklamiert und durchgeführt hat, ist wirkungslos verpufft. Jede weitere Verschlechterungsabsicht auf diesem Wege kann höchstens zu einem verstärkten Wettbewerb auf Kosten der Arbeiterschaft, aber keineswegs zu einer Milderung der Krisennot führen. Nachdem sich dieser wirtschaftspolitische Kurs somit praktisch als verfehlt erweist, muß auch dem grundsätzlichen Unternehmerstandpunkt, ein weiterer Preisabbau sei nur möglich durch Lohnsenkung, auf das schärfste widersprochen werden, da, wie der Rückgang des Lohnanteils im Ruhrbergbau beweist, die volkswirtschaftlichen Krisenerscheinungen für den betrieblichen und geschäftlichen Stand nichts besagen.

Nun zu der erwähnten Mehrarbeit, die von den Unternehmern gefordert wird. Am gleichen Tage, an dem in Essen die Verhandlungen über den Rahmentarif begannen haben, wobei die Unternehmern die Beseitigung der tariflichen Siebenstundentage verlangten, brachte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ einen langen Artikel mit der Uberschrift: „Von der Arbeitslosigkeit zur Arbeit.“ Nachdem

der unbekannte Verfasser festgestellt hat, daß die gewerkschaftlichen Erfolge auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitszeitpolitik in den letzten Jahren zu groß waren und die Produktionskosten zu sehr belastet und damit zur Arbeitslosigkeit geführt haben, kommt er zu folgenden Thesen: „Arbeitslosigkeit kann nur durch Produktionsverbilligung beseitigt werden, weil durch Verbilligung der Produktion der Verbrauch im eigenen Lande erhöht und der Export gesteigert wird. Die Produktionsverbilligung braucht nicht durch Lohn- und Gehaltskürzungen erfolgen, sondern muß durch Arbeitszeitverlängerung erreicht werden. Durch erzwungene deutsche Exportsteigerung werden unsere Kriegskriegslasten sich deshalb von selbst erledigen, weil von allen anderen Völkern eine Bezahlung der Lasten in dieser Form nicht gewünscht wird. Die deutsche Exportsteigerung ist bei entsprechender Verbilligung der Ware durchaus möglich. Parallel mit der Erreichung dieses Ziels wird die dauernde Gesundung des deutschen Volkstörpers eintreten. Die Frage, ob dieses Ziel erreicht werden soll oder nicht, wird nach Lage der Verhältnisse von der zunehmenden Einsicht der Gewerkschaften entschieden.“

Also nur Mehrarbeit kann uns retten. Aber nicht etwa, indem die 4,7 Millionen Arbeitslose in Arbeit gebracht werden, sondern indem die in Arbeit Stehenden noch länger arbeiten sollen. Produktionsverbilligung durch Verlängerung der Arbeitszeit, das ist hier die Parole, die auf dem gleichen wirtschaftspolitischen Grundgedanken wie beim Lohnabbau beruht. Sowohl beim Lohnabbau wie auch bei der Arbeitszeitverlängerung geht man von dem Gedanken aus, daß durch eine maßlose Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ein scharfer Wettbewerb und eine gesteigerte Ausfuhr erreicht werden könne. Abgesehen davon, daß die Beseitigung der deutschen Arbeitslosigkeit auf diese Weise überhaupt nicht möglich ist, beruht diese Anschauung auf dem Fehlgedanken, daß — abgesehen von den Gewerkschaften — die übrigen Staaten sich willenlos mit diesem Wettbewerb zufrieden geben. Das ist jedoch nicht der Fall, so daß die erwähnten Unternehmervorschläge statt Wirtschaftspolitik mehr das Prädikat „Katastrophenpolitik“ verdienen.

Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, können die Mahnrufe und Forderungen der freien Gewerkschaften nicht nachdrücklicher genug vertreten werden. Erinnert sei nur an die Beschlüsse der letzten Bundesausschussitzung, die wie folgt lauten: „Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Der Bundesausschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rückwärtslosen Unternehmertum den Schutz zu gewährleisten, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Der Bundesausschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuss schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Die Wege und Kampffronten sind demnach klar. An der Arbeiterschaft und ihrer organisierten Kampftruppe wird es liegen, welcher wirtschaftspolitische Kurs siegt. J. T.

Im englischen Bergarbeiterdorf.

Eine Studienreise in England führte mich vor kurzem in ein Bergarbeiterdorf, das ich schon von der Vorkriegszeit her kannte. Das bot mir eine ausgezeichnete Gelegenheit, einen anschaulichen Eindruck zu erhalten von den Veränderungen, die sich seit der Vorkriegszeit in den Lebensverhältnissen der englischen Bergarbeiter vollzogen haben, insbesondere von den Wirkungen der Krise, die schon seit dem Weltkrieg den englischen Bergbau trifft.

Ueberhaupt: wenn man verstehen will, warum die englische Bergarbeiterchaft seit Jahrzehnten ein Herd der sozialen Unzufriedenheit ist, muß man nicht nur ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse kennen, sondern auch ihre Wohnungs- und Lebensverhältnisse. Von diesen Verhältnissen kann das Dorf Dipton (in der nordenglischen Grafschaft Durham) eine recht anschauliche typische Vorstellung geben. Besonders im Hinblick auf die Wohnungsverhältnisse vertritt Dipton weder den allerbesten noch den allerbesten Typ. Es ist ungefähr zur Hälfte ein altes und zur anderen Hälfte ein neues Bergarbeiterdorf, d. h. von den Wohnungen sind ungefähr die Hälfte in der Vorkriegszeit und die anderen seither gebaut.

Dipton ist auch darin typisch, daß es, wie die meisten englischen Bergarbeiterdörfer, ein richtiges Dorf ist, nicht wie in den größten Revieren des Festlandes, ein Teil eines fast großstädtischen Komplexes. Die nächste Stadt, Newcastle, ist etwa 20 Kilometer entfernt. Dipton hat also einige der gesundheitlichen und moralischen Vorteile des Dorflebens. Die Landschaft ringsherum ist angenehm; wenn man vom Dorf wegblickt, merkt man wenig von der Industrie. Dabei ist das Dorf selbst mit seinen viertausend Einwohnern doch etwa so groß, um ländlich auszusehen. Die endlosen Reihen von gleichgebauten Einzelhäusern haben Industriedorfscharakter.

Das große Problem des englischen Bergarbeiterdorfes besteht darin, daß eigentlich nur Bergarbeiter dort leben. Von den ebenhundertfünfzig Wohnhäusern Diptons sind kaum hundert nicht von Bergarbeitern bewohnt. Die großbürgerliche Oberschicht fehlt vollkommen; die Grubenbesitzer leben in London, es sind fast mythische Persönlichkeiten, deren Wille und Macht stets gegenwärtig ist, die man aber nie von Angesicht zu Angesicht zu sehen bekommt. Auch die höheren Grubenbeamten wohnen näher bei der Stadt und kommen täglich im Auto zu ihrer Arbeit. Am Dorf wohnen nur ein halbes Dutzend Grubenbeamte, ein paar Volksschullehrer (es gibt nur die Volksschule), ein Arzt, ein Pfarrer, ein Gemeindeführer, zwei Postbeamte, Lädenbesitzer und Gewerkschaftsbeamte, zusammen dreißig. Die geringe Zahl der Lädenbesitzer erklärt sich daraus, daß 88 Prozent der Familien zum Konsumverein gehören. Der Konsumverein beschäftigt in seinen Läden und Lagern insgesamt fünfundsiebenzig Personen.

Ein kleines Kino vervollständigt die Liste der Gebäude, die keine Bergarbeiterhäuser sind.

Das schwierigste Problem, das aus dem rein proletarischen Charakter des Dorfes entsteht, ist der Mangel an Zerstreuungsmöglichkeiten. Abgesehen von gelegentlichen Kinobesuchen und sonntäglichem Kirchengang erschöpft sich das „gesellschaftliche Leben“ in nachbarschaftlichem und verwandtschaftlichem Verkehr. Eine Honoratioren-Gesellschaft nach deutscher Art gibt es nicht. Die wenigen Vertreter des Mittelstandes und der freien Berufe kommen niemals als solche gesellschaftlich zusammen. Soweit sie Vereinen angehören, mischen sie sich dort unter die Bergarbeiter. Der Verkehrston ist überhaupt viel demokratischer, als er in einem entsprechenden Industriedorf in Deutschland wäre. Ein Teil des gesellschaftlichen Verkehrs spielt sich übrigens bei gutem Wetter auf der Straße ab, beim sogenannten corner end, was man vielleicht am besten mit „Faulenzerecke“ übersetzen kann. Hier an der Ecke der zwei größten Straßen stehen fast den ganzen Tag die Leute herum, die nichts Besseres zu tun haben: ältere Einwohner, Arbeitslose, Arbeiter, die gerade Feierabend haben usw. Hier ist sozusagen das Forum von Dipton, und nur wer es ganz eilig hat, geht am corner end vorbei, ohne sich ein Weilchen am Gespräch zu beteiligen. Lehrer, Pfarrer, Arzt und sogar Steuerbeamte reden hier mit den Bergarbeitern, als ob sie zu ihnen gehörten.

Es wird auch ziemlich viel gesungen. Gute Stimmen und musikalische Veranlagung sind auch unter den englischen Bergarbeitern häufig, wie in vielen Revieren des Festlandes. Es gibt freilich keine Gesangsvereine. Eine um so größere Rolle spielt das Singen im Kirchenchor, namentlich in den methodistischen und baptistischen Kirchen. Die Frauen und Mädchen nehmen daran starken Anteil.

Aktive sportliche Betätigung kommt nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bevölkerung in Frage. Eine Ausnahme jünger Männer spielt im Fußballverein. Der Bergarbeiter züht hier, wie überall in England, als geborener Fußballspieler. Sobald ein Knirps laufen kann, sieht man ihn auch schon den Ball treten. Ein paar Dutzend Leute halten Rennhunde für die „whippet races“. Der „whippet“ ist eine Art Zwergwindhund, so ziemlich in ganz England der proletarische Ersatz für die „vornehmern“ Windhunderennen. Die „whippet“-Rennen sind für den größten Teil der Bevölkerung in erster Linie eine Gelegenheit zur Befriedigung der Spielleidenschaft, denn die Hauptsache dabei ist das Wetten.

Den größten Teil ihrer Freizeit verbringen die Bergarbeiter bei gutem Wetter in ihren Gärten. Die liegen meist, wie die deutschen Schrebergärten, in einiger Entfernung von den Häusergruppen. Jedes Gärtchen hat seine Laubhütte, hier cäcill genannt. Die meisten crees sind aus buntem, zusammengesch-

tem Material gebaut: Bretter von Kisten, Stücke Wellblech, zusammengelappte Konservebüchsen, Reste von alter Dachpappe, zerbrochene Fensterscheiben usw. Aber sie sind das irridische Paradies des Bergarbeiters. Hier kann er Luft und Licht genießen und bei Bädern und Gartenarbeit die gemühten Arbeitsstriche des Bauern und Handwerkers ausleben, die ja in jedem Menschen schlummern. In vielen crees werden auch einige Hühner gehalten, hier und da auch Ziegen, Kaninchen usw.

Bei 6 bis 8 Prozent Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit in Dipton, das in dieser Hinsicht ziemlich begünstigt ist, nicht ausgebeutet genug, um in großem Maßstab und unmittelbar zur Verelendung zu führen. Es werden in erster Linie die älteren Leute davon betroffen, aus ähnlichen Gründen wie überall. In zweiter Linie hat die Arbeitslosigkeit die Grubendirektoren in die für sie angenehme Lage gebracht, weniger tüchtige oder aus sonst einem Grunde unliebbare Leute loszuwerden. Es wurde mir versichert und von den Gewerkschaftsfunktionären bestätigt, daß diese Praxis nicht bis zu dem Punkte geht, wo man Leute aus Gewissensgründen maßregelt. Das wäre auch in dieser Gegend, wo nach wie vor 100 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, schwer durchzuführen. Immerhin bewirkt die Möglichkeit für die Unternehmer, eine gewisse Auswahl vorzunehmen, einen erhöhten Druck hinter allen Maßregeln, die die Leistungen hinaufschrauben sollen. Die Bergarbeiter, mit denen ich sprach, sehen darin die Hauptursache für das in den letzten Jahren verschlechterte Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeitern.

Die Grubenbeschäftigten hier auch über Tage keine Frauen, im Gegensatz zu der Gepslogenen vieler anderer englischer Reviere. Da es keine andere Industrie in der Nähe gibt, so bedeutet das, daß die Frauen und erwachsenen Töchter der Bergarbeiter in der Regel zu Hause bleiben. Abgesehen von einem knappen Duzend Mädchen, die in den Läden des Konsumvereins beschäftigt werden, gibt es für die Bergarbeiterdörfer keine andere Flucht aus dem Hause als die Auswanderung. Die allermeisten, die diesen Weg gehen, verdingen sich als Hausangestellte in den Städten, vielfach bis London und noch weiter weg.

Die Söhne der Bergarbeiter gehen fast alle auch in die Gruben arbeiten, sobald sie die Volksschule absolviert haben. Man findet hier wenig von der Abneigung der Bergarbeiterlohne gegen die Grubenarbeit, die in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren auf dem Festlande so große Ausdehnung gewonnen hat. Das mag daran liegen, daß der Mangel an Gelegenheit Mangel an Verlockung bedingt, denn es gibt hier weit und breit keine andere Industrie, in die man unterkommen könnte.

Die Bergarbeiterfrau ist in Sachen der Hausführung unmöglich noch konservativer als die englische Hausfrau überhaupt. Die Art, wie die Häuser möbliert und gehalten werden, wie die

Zum Lastenausgleich der Invaliden- u. Angestelltenversicherung.

„Sturm auf die Angestelltenversicherung“, „Die Angestelltenversicherung wieder einmal in Gefahr“, so oder ähnlich lautende Abhandlungen erscheinen in der letzten Zeit in der Fachpresse der Angestelltenverbände aller Richtungen. Da eine der Angestelltenversicherung drohende Gefahr nicht ohne Rückwirkung auf die übrige Sozialversicherung bleiben dürfte, erachten wir es für notwendig, daß auch die Arbeiter sich mit der Gefahr, die der Angestelltenversicherung angeblich droht, befassen. Zwar haben wir bisher angenommen, daß von allen Versicherungszweigen die Angestelltenversicherung gegenwärtig am wenigsten bedroht wäre. Da aber anzunehmen ist, daß den Angestelltenverbänden der Ausgang der bekannnten Geschichte mit dem Hirten, der einige Male seine Kameraden mit dem Ruf „Helft, Brüder! helft!, der Wolf hat schon ein Schaf im Rachen“ genarrt hat, nicht unbekannt ist und sie womöglich doch Ursache zu solchen Fanfarestößen hätten, wollen wir doch mal der Sache auf den Grund gehen.

In der Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten „Der freie Angestellte“ geht der Kollege Friz Schröder auf ein vertrauliches Rundschreiben des Reichsverbandes der Landesversicherungsanstalten ein und behandelt darin angebliche Pläne des Reichsarbeitsministeriums hinsichtlich der Entlastung der Invalidenversicherung und der Knappschaftspensionsversicherung durch die Angestelltenversicherung. Der wesentlichste Teil seiner Ausführungen lautet:

„Durch eine Änderung des Berufskataloges soll ein erheblicher Teil der Angestellten zur Invalidenversicherung zurückgeführt werden. Man will also der Angestelltenversicherung Beiträge entziehen und diese der Invalidenversicherung zuführen. Außerdem soll die Angestelltenversicherung keinen Anspruch mehr haben auf Rückerstattung der Steigerungsbeträge, die sie ihren Rentenbeziehern für die Invalidenversicherung auszahlte.“

Im Jahre 1930 handelte es sich um einen Betrag von 22 Millionen Reichsmark. Rechnet man die Rückerstattungen des Teiles der Steigerungsbeträge zu den Renten für Wanderversicherung, die das Reich trägt, hinzu, dann handelt es sich insgesamt sogar um 30 Millionen Reichsmark. Also: die Angestelltenversicherung soll an die Invalidenversicherung eine erhebliche Zahl von Beitragszahlern abtreten und außerdem noch jährlich auf die Erstattung eines Barbeitrages von 22 bis 30 Millionen Reichsmark verzichten.“

Ueber so „schwarze“ Pläne ist natürlich Kollege Schröder sehr erbozt. Seine Kollegen von der anderen Fakultät (Gewerkschaftsbund der Angestellten) geben ihm in dieser Hinsicht auch nichts nach. Sie sind empört darüber, daß man überhaupt an so etwas denken könnte. Wir müssen leider gestehen, daß wir diese Empörung nicht teilen können. Im Gegenteil, wir finden, daß es höchste Zeit war, endlich die Frage des Lastenausgleichs zwischen der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung gründlich zu behandeln. So wie die Dinge bisher lagen, konnte man unmöglich länger dazu schweigen. In dem letzten Jahrzehnt wurde die Angestelltenversicherung vor der Invalidenversicherung in einem Maße begünstigt, wie es länger nicht mehr zu ertragen war. Nicht nur, daß der Kreis der Versicherten der Invalidenversicherung immer mehr zugunsten der Angestelltenversicherung eingeengt wurde, sondern auch die Lastenverteilung ist einseitig zum Nachteil der Invalidenversicherung gestaltet worden.

Bekannt wird, daß rund 800 000 Versicherte aus der Invalidenversicherung in die Angestelltenversicherung übergegangen sind, obgleich nicht immer dieser Wechsel begründet war. Das Schlimmste dabei ist, daß die Invalidenversicherung nur die Mitglieder an die Angestelltenversicherung abgab, die Lasten, die ihr für die Mitgliedszeiten in der Invalidenversicherung hinübergewechselten Versicherten entstanden, aber allein weiter tragen muß. Würden die Beiträge nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren oder auch nur nach dem Kapitaldeckungsverfahren erhoben, so wäre dies mit keiner Benachteiligung für sie verbunden. Da aber nach der Inflation Beiträge nur nach dem

Umlageverfahren erhoben werden und dieses Beitragsverfahren nur dann moralisch begründet bleibt, wenn der jeweilige Kreis der Versicherten nur die Lasten zu tragen hat, die ihm aus den eigenen Reihen entstehen, so bedeutet es ein großes Unrecht, wenn der Invalidenversicherung immer mehr Mitglieder entzogen werden, die Lasten aber für die durch Umlagebeiträge nicht annähernd ausreichend gedeckten Dienstzeiten der Invalidenversicherung verbleiben. Ganz zu schweigen von dem Unrecht, daß für die Invalidenversicherung dadurch entsteht, daß sie auch für Dienstzeiten der Angestellten einzustehen hat, die vor der Stabilisierung der Währung entstanden sind und für die eine Deckung überhaupt nicht mehr vorhanden ist.

Obgleich bereits dieses Unrecht, das der Invalidenversicherung zugefügt wird, genügen müßte, eine Empörung bei der Arbeiterchaft auszulösen, gibt es in dieser Hinsicht noch schlimmeres Unrecht. Die Invalidenversicherung wird nämlich nicht nur gezwungen, für die den Angestellten durch ausreichende Beiträge nicht gedeckten Dienstzeiten Steigerungsbeträge zu gewähren, sondern sie muß diese Leistungen den Angestellten oder deren verwitweten Frauen viel früher als den Arbeitern und ihren Witwen zuerkennen. Während z. B. die Arbeiter, die nur in der Invalidenversicherung Mitglied waren, die Invalidenrenten erst dann erhalten können, wenn sie nicht mehr imstande sind, noch ein Drittel von dem zu verdienen, was sie früher verdient haben, muß die Invalidenversicherung an ihre früheren Mitglieder, die Angestellte geworden sind, die Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung bereits dann gewähren, wenn die Angestellten aus der Angestelltenversicherung ein Ruhegeld erhalten. Das Ruhegeld erhält aber der Angestellte viel früher als der Arbeiter die Invalidenrente, weil Berufsunfähigkeit bei ihm angenommen werden muß, wenn seine Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte beschränkt ist, so daß die Angestellten oft jahrelang Leistungen der Invalidenversicherung beziehen, auf die die Arbeiter in der gleichen Lage noch lange keinen Anspruch haben. Die gleiche Bevorzugung erfahren auch die Witwen der Angestellten, denen aus der Angestelltenversicherung die Witwenrente bereits beim Tode des Ehemannes gewährt wird, während die Arbeiterwitwe aus der Invalidenversicherung erst dann Witwenrente erhalten kann, wenn sie selbst invalide nach § 1255 der Reichsversicherungsordnung ist oder 65 Jahre alt wird. Eine Arbeiterwitwe wird oft jahrelang auf ihre Witwenrente warten müssen, während die Witwe des Angestellten in dieser ganzen Zeit bereits Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung erhält.

Bei solcher Sachlage sollte man meinen, daß die Angestellten keine Ursache hätten, von einer Gefahr für die Angestelltenversicherung zu reden. Wenn sie recht und billig denken würden, müßten sie zugeben, daß es nicht angängig ist, von einer Arbeiterversicherung zu verlangen, bevorzugter behandelt zu werden als die versicherten Arbeiter. Wünschen sie das, müssen sie die Lasten für die bevorzugte Behandlung auf sich nehmen. Die Arbeiter werden sie unmöglich länger tragen wollen. Der Lastenausgleich zwischen der Invaliden- und Angestelltenversicherung muß recht bald erfolgen.

Eine Auseinandersetzung muß auch zwischen der Arbeiter- und Angestelltenpensionsversicherung in der Knappschaft erfolgen. Auch hier tragen die Arbeiter für die Angestellten Lasten, die man ihnen vom moralischen Standpunkt aus nicht aufladen dürfte. Namentlich die Lasten für die Dienstzeiten, die von den Angestellten vor Gründung der Reichsknappschaft in der Arbeiterabteilung erworben sind, können unmöglich weiter von der Arbeiterabteilung getragen werden. Das Umlageverfahren wird dadurch verfälscht, da die Arbeiter nicht nur für Rentempfang aus ihren eigenen Reihen aufzukommen haben, sondern auch für einen großen Teil der Renten für die Empfänger aus den Reihen der Angestellten.

Es ist festgestellt worden, daß im Durchschnitt jeder Ruhegehaltsempfänger 10 und jede Witwe der Angestelltenpensionsversicherung für 12 Dienstjahre im Durchschnitt Steigerungsbeträge aus der Arbeiterabteilung erhalten. Daß auch das bisherige Verhältnis zwischen Invalidenversicherung und Angestelltenpensionsversicherung nicht haltbar ist, ergibt sich schon daraus, daß der Angestellte von der Invalidenversicherung sowohl Grundbetrag und Steigerungsbeträge bekommen muß. Umgekehrt aber nicht. Die Kürzung des Steigerungsbetrages durch die Angestelltenpensionsversicherung ist im Grunde genommen eine ungerechtfertigte Bereicherung.

Wenn wir zu den hier behandelten Problemen in der Form Stellung genommen haben, so geschieht dies nicht aus dem Grunde, weil wir hoffen, daß durch Lastenausgleich, wie sie von uns gefordert werden, eine Sanierung der Knappschaftspensionsversicherung erfolgen könnte. Nein, die Sanierung der Knappschaftspensionsversicherung haben wir unabhängig von all diesen Fragen verlangt. Eine Auseinandersetzung zwischen den Versicherungszweigen der Arbeiter und Angestellten hätte unabhängig von der Sanierung der Knappschaftspensionsversicherung erfolgen müssen.

Gesundheitsbilanz 1930.

Die Tuberkulose im Schwinden, aber der Krebs im Steigen.

Das Reichsgesundheitsamt zieht in seinem Bericht über die natürliche Bewegung der Bevölkerung in 322 deutschen Gemeinden mit zusammen 29 Millionen Einwohnern die Gesundheitsbilanz für das Jahr 1930. Der Stand der Volksgesundheit in Deutschland im vergangenen Jahr kann danach im allgemeinen als günstig gegenüber dem Jahre vorher bezeichnet werden.

Die Zahl der Eheschließungen ist in den gezählten 322 Gemeinden im Jahre 1930 zwar um rund 12 000 und die Zahl der Geburten um rund 5000 zurückgegangen. Den Ausgleich hat die geringere Sterblichkeit geschaffen, die sich in dem statistisch erfaßten Bevölkerungsanteil im ganzen um 41 000 verminderte. Bei den Todesursachen fällt zunächst auf, daß wir im letzten Jahre von der Gruppe mit tödlichem Ausgang so gut wie verschont geblieben sind. Erreulich ist ferner festzustellen, daß die Tuberkulose weiterhin im Schwinden begriffen ist. Es sind im vergangenen Jahre 22 713 Todesfälle an Tuberkulose zu verzeichnen gegen 25 029 im Jahre 1929 oder 0,78 gegen 0,87

auf je 1000 der Bevölkerung. Ungefähr dieselbe Zahl der Todesfälle wie die Tuberkulose erreichten 1930 die Todesfälle an Herzkrankheiten. Über auch hier ist gegen das Vorjahr ein wenn auch geringer Rückgang festzustellen. Ferner sind die sehr hohen Todesfälle durch Herzkrankheiten zurückgegangen, und zwar von 41 923 auf 39 745 oder von 1,46 auf 1,37 je 1000 der Bevölkerung. Auch die Lungenentzündung hat weniger Todesopfer gefordert. Von den Infektionskrankheiten sind nur die Todesfälle an Diphtherie gestiegen: von 0,09 auf 0,11 je 1000 der Bevölkerung. Typhus, Masern, Scharlach und Keuchhusten sind gefallen.

Ein sehr düsterer Posten in der Bilanz der deutschen Volksgesundheit ist 1930 wiederum der Krebs. Die Zahl der Todesfälle an Krebs ist 1930 weiterhin gestiegen, und zwar auf 37 904 von 37 051 im Jahre vorher oder auf 1,31 von 1,29 auf je 1000 der Bevölkerung in dem erfaßten Rahmen. Die Todesfälle an Krebs werden nur noch durch die Todesfälle an Herzkrankheiten übertroffen. Da deren Anzahl jedoch im Falle begriffen so sein scheint, der Krebs aber weiterhin seine steigende Tendenz festhält, so dürfte er, falls die seit einiger Zeit systematisch einsetzende Krebsbekämpfung nicht bald merkbare Erfolge erzielt, die Volksseele in Deutschland werden. Die Tuberkulose steht als solche heute an dritter Stelle.

Arbeit eingeteilt und durchgeführt wird, die Methode des Kochens usw. haben sich in Jahrzehnten kaum verändert. Wo es Veränderungen gegeben hat, da sind sie in fast allen Fällen darauf zurückzuführen, daß ein neues Haus bezogen wurde, dessen modernere Einrichtung das Festhalten an gewissen überlieferten Sitten unmöglich machte. Das bezieht sich vor allem auf die Häuser, die eine Badeeinrichtung haben.

Das ist für die englische Bergarbeiterfamilie von einschneidender Bedeutung, weil die englischen Gruben bekanntlich in den meisten Fällen keine Badeeinrichtung haben. Die Mehrzahl der Bergarbeiter selber wehrt sich gegen die Einführung der Badeeinrichtungen durch die Gruben, wie sie in den meisten anderen Ländern schon seit langem durch Gesetz obligatorisch gemacht worden sind. Es ist überhaupt für den englischen Arbeiter charakteristisch, daß er sich nicht soviel daraus macht, wie sein deutscher oder sogar französischer Kollege, mit ungewaschenem Gesicht und Händen nach Hause zu gehen. Aber die englischen Bergarbeiter sind hierin ganz besonders konservativ. Sie tragen auch meist keine waschbare Arbeitskleidung. Noch kurze Zeit vor meinem Besuch hatte die Grubenverwaltung in Dipton selbst die Errichtung von Brausebädern vorgeschlagen. Die Belegschaft durfte dann darüber abstimmen, ob sie lieber eine Badeeinrichtung oder eine Festhalle gebaut bekäme. Die Mehrzahl entschied sich für die Festhalle, obwohl kein wirklich dringendes Bedürfnis darnach vorlag.

Für die Abneigung gegen die Badeeinrichtung werden noch immer dieselben Gründe angegeben wie vor zwanzig Jahren. In erster Linie wird behauptet, man würde sich nach einem Bad auf dem Heimwege erkälten. Nebenher führt man auch die Unbequemlichkeit in bezug auf das Mitnehmen von Wäsche und dergleichen an. Jeder, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß aber, daß die wahren Gründe unausgesprochen sind. Die Angst vor der Erkältung wird ja nur vorgeschoben, um die echt englische Abneigung gegen den Einbruch der Betriebsobrigkeit in die private Lebensführung zu verschleiern. Für den Engländer ist eben sein Haus seine Burg, auch wenn es sich nur um ein ärmliches Bergarbeiterhäuschen handelt. Er reinigt sich lieber dort, wo er dabei keiner Kollektivordnung unterworfen ist. Die Folge ist, daß das Baden zu Hause, verbunden mit der Reinigung der Arbeitskleidung und -kleider, eines der schwierigsten Probleme des Bergarbeiterhaushaltes bildet.

Weniger schlimm ist es freilich dort, wo ein Badezimmer vorhanden ist; aber das gilt immer erst für eine Minderheit der Häuser. In den allermeisten Fällen wäscht sich der Bergarbeiter in einem Kübel in der Küche. Da zu derselben Zeit gekocht werden muß, und die Küche auch für die Kinder vielfach als Aufenthaltsraum dient, führt das natürlich nicht zu besonders erfreu-

lichen Formen des Zusammenlebens. In den altmodischen Häusern, wo die Küchentür meist auf den Hof führt, sieht man kurz nach Feierabend gewöhnlich regelrechte schwarze Flüten zwischen Tür und Schwelle herausströmen. Um das Haus einigermaßen sauber zu halten, müssen die Frauen dadurch eine Menge Extraarbeiten auf sich nehmen.

Auch in anderer Beziehung trägt die Bergarbeiterfrau einen großen Teil der proletarischen Schicksalslast. Alle Zeugen berichten übereinstimmend, daß bei der jetzigen Krise — ja überhaupt seitdem die Bergarbeiterlöhne am Sinken sind — die Frau die Einschränkungen immer zuerst auf eigene Kosten vornimmt. In erster Linie wird der Mann berücksichtigt, wenigstens insofern, daß kein Opfer gescheut wird, damit er nicht weniger zu essen bekommt. Der Bergarbeiter erhält nach wie vor ein viel ausgiebigeres Frühstück als die übrigen Familienmitglieder, und auch die Ration, die er in die Grube mitnimmt, wird nicht geschnitten. Es wird auch versucht, unter allen Umständen die Kinder vor dem Hunger zu bewahren. Wo sie gesundheitlich leiden, liegt es in den allermeisten Fällen weniger an der verringerten Menge der Nahrung als an der schlechteren Qualität. Wenn es unbedingt nicht mehr für alle reicht, dann wird zunächst bei den Mädchen gespart. Offenbar kommt den Jungen dieselbe Art Höherwertung zugute wie den Vätern, denn der Mann ist ja der Verdienner oder soll es werden.

Seit der Krise soll in Dipton der Genuß frischen Fleisches eine große Seltenheit geworden sein. Vor dem Krieg bekamen die Bergarbeiterfamilien in der Regel zu ihrer Hauptmahlzeit täglich Braten, geschmortes Fleisch oder wenigstens eine ausgiebige Portion frischen Speck. Heutzutage reicht es gewöhnlich nur noch zu Büchsenfleisch. Gemüse ist ein seltener Luxus, Kartoffeln werden im Vergleich zu Deutschland sehr wenig geessen, die Hauptsache ist im übrigen Brot und Tee. Die meisten Bergarbeiterfrauen in Dipton sollen heutzutage selten etwas anderes bekommen als eben dieses ewige Brot mit Tee.

Der interessanteste Zug im Vergleich der heutigen Verhältnisse mit denen, die ich vor achtzehn Jahren gekannt hatte, ist wohl dieser, daß das Dorf, trotz der Lohnverminderung und der Arbeitslosigkeit, eher einen erfreulicheren Eindruck macht als damals. Das liegt gewiß zum Teil daran, daß Verschlechterungen wie bei der Ernährungsweise sich mehr oder weniger unmerklich vollziehen. Ich habe einen Bericht des Bezirksarztes an den Gemeinderat gelesen, in dem gesagt wird, daß im allgemeinen die Kinder unter dem jetzigen Elend gesundheitlich noch nicht merkbar gelitten haben. Unter den Männern haben nur die Arbeitslosen gesundheitlich gelitten, was der ärztliche Bericht bemerkenswerterweise in erster Linie der feistlichen Depression zuschreibt. Unter den Müttern dagegen sollen Krankheiten häufiger sein, nicht nur

wegen der schon erwähnten verringerten Nahrung, sondern auch wegen der vermehrten Sorge.

Wie ist es nun zu erklären, daß trotz alledem der Eindruck eines sozialen Fortschritts überwiegt? Ich glaube, es liegt in erster Linie an den besseren Wohnungsverhältnissen. Die seit dem Krieg, namentlich von der Gemeinde mit Zulagen des Gesundheitsministeriums gebauten Häuser sind in jeder Hinsicht denen der Vorkriegszeit überlegen. Alle Häuser, die von der Gemeinde gebaut worden sind, haben ein Badezimmer; dabei sind sie nicht teurer als die Häuser der Vorkriegszeit. Ueberhaupt verdienen die sozialpolitischen Leistungen der Gemeindeverwaltung Bewunderung, besonders auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und der billigen Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Die Mittel sind kärglich, denn die Steuereinnahmen sind durch die lange Krise stark verringert und werden durch Regierungszulagen nur zum Teil ausgeglichen. Aber es ist mit wenig Mitteln sehr viel geleistet worden, und zwar alles in eigener Regie, auch der Wohnungsbau. Vor diesen Leistungen ist auch die politische Gegnerschaft so ziemlich zur Ohnmacht verurteilt; seit vielen Jahren werden in die Gemeindeverwaltung nur noch Arbeiterparteiiler gewählt.

Die alten Häuser stammen meist aus der Zeit zwischen den siebziger und den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Es handelt sich dabei meist um Häuserreihen, die von den Grubenverwaltungen errichtet worden sind. Sie sind nicht nur alt und zerfallen, sie waren von vornherein für eine viel niedrigere Bedürfnisstufe berechnet, besonders in hygienischer Hinsicht. Keine Wasser- und Lichtleitung, keine Badeeinrichtung usw. Gewöhnlich sind es sogenannte Erdlochsetts; in dieser Gegend »netty« genannt. Seitlich durch eine Ziegelsteinmauer, oben durch Bretter geschützt, stehen sie gewöhnlich einige Meter vom Hause entfernt auf einem Hinterhof. Die ganze innere Einrichtung besteht aus einem Sitzbrett. Es ist nicht einmal ein Kübel da, und der Unrat muß wöchentlich mit Hilfe von Schaufeln und Schubkarren von einem Gemeindeangestellten entfernt werden. Es gibt noch Häuserreihen, bei denen auf ein Dutzend Häuser nur eine solche »netty« entfällt. Aber auch dort, wo jede Familie oder jedes Familienpaar über diese Einrichtung verfügt, ist der Anblick ekel-erregend, von dem Geruch gar nicht zu reden.

Als ich vor achtzehn Jahren da war, waren keine anderen Einrichtungen zu sehen. Heutzutage ist es schon so, daß etwa drei Fünftel der Häuser Aborte mit Wasserpflüfung haben. Der Haupt-indruck meines Besuches ist also der, daß trotz der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die Fortschritte der Sozialpolitik, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge, insbesondere im Wohnungsweisen, der Vereinfachung einen immerhin nicht unwirksamen Damm entgegengestellt haben. Hendrik de Man.

Warum die Explosion auf Anna 2 von solch furchtbarer Wirkung war?

VI.

Die Organisation des Rettungswerkes gestaltete sich schwierig, weil von den Nachbargruben aus vorgegangen werden mußte. Es fehlten für derartige Fälle die Erfahrungen, die vorgeschriebenen schematischen Anweisungen mußten versagen. Aus rettungstechnischen Gründen muß aber besonders hervorgehoben werden, daß große Teile der Grubenbaue kurze Zeit nach der Explosion (1 bis 2 Stunden) und mehrere Stunden später ausnahmslos alle Baue frei von gefährlichen Brandschwaden wurden. Soweit uns bekannt, wurden fast alle Baue durch Belegschaffungsmitglieder von Anna I und vom anderen Drittel Anna II ohne Gasdruckgeräte schon vor den Rettungskolonnen befreit.

Das Revier 9 im ersten östlichen Abteilungsquerschlag (im Anfang dieser Veröffentlichungen irrtümlich als Revier 3, später aber immer richtig als Revier 9 bezeichnet) war über die 4. Sohle durch den Querschlag von Anna I aus und den ersten östlichen Abteilungsquerschlag der Unglücksgrube — sowohl wie über die 3. Sohle von Anna I aus zu erreichen. Die Reviere 1 und 7, die hinter dem Unterwerksbau (Revier 10) lagen, konnten nur über die 3. Sohle von Anna I aus bzw. von Anna III aus erreicht werden. Von der 4. Sohle aus waren sie unerreichtbar infolge der Brücke in der nördlichen Richtstrecke. Diese Brücke wurden in den Nachmittagsstunden nach Toten und Verletzten durchschlagen. Es fehlte nur noch die Kolonne Cor r, die sich in einer alten Strecke festgelaufen hatte und erst am Abend des nächsten Tages mit dem schon bekannten Resultat geborgen werden konnte. Inwieweit der Wettertschacht Anna III zur Rettungsarbeit benutzt wurde, ist uns unbekannt. Der Weg nach dahin muß aber ungeeignet gewesen sein, ebenso wie die rückwärtige Verbindung nach Anna I zu weit war, denn zur Bergung der Toten aus Revier 10, die erst später erfolgte, haben die Rettungsmänner lieber gefährliche und höchst unbequeme Kriechgänge über die Brücke in der nördlichen Richtstrecke und im zweiten östlichen Abteilungsquerschlag geschaffen.

Das Sterben im Unterwerksbau.

Wie aus den bereits veröffentlichten Zeichnungen ersichtlich gewesen ist, ging von der oberen, der Sohlenstrecke des Unterwerksbaues, ein Bremsberg im Einfallen herunter bis zur Grundstrecke. Mit diesem Bremsberg wurde ursprünglich der Unterwerksbau aufgeschlossen und alle Abbaue bzw. Ortsstrecken gingen von ihm aus. Wir geben den zwischen der Grund- und der Sohlenstrecke liegenden Ortsstrecken folgende Bezeichnungen: die zweite von unten: „Ortsstrecke 1“, die dritte von unten: „Ortsstrecke 2“, die vierte von unten bzw. die erste unterhalb der Sohlenstrecke: „Ortsstrecke 3“. Der 45 Meter tiefe Schacht mündete unten in die Grundstrecke, jener von 20 Meter Teuf in die Ortsstrecke 2, die man auch als Teilstrecke des Unterwerksbaues ansehen kann. Der unterste Abbaustoß förderte durch die Grundstrecke, der zweite durch die Ortsstrecke 1 und den Bremsberg herunter zum 45-Meter-Schacht. Dort wurde die Kohle zum westlichen Querschlag hochgefördert. Die Förderung der beiden oberen Abbaustöße ging über die Ortsstrecke 2 zum 20-Meter-Schacht und diesen heraus zur Sohle, d. h. zur nördlichen Richtstrecke. Der obere Teil des Bremsberges von der Ortsstrecke 2 ab bis zur Sohlenstrecke hatte keine Förderung mehr. Er war als Fahrtschacht eingerichtet. Ebenso ging keine Förderung mehr über die Ortsstrecke 3. Sie wurde noch als sogenannte Fluchstrecke mitgeführt, ihr Hauptzweck diente aber wohl der Bergungsgewinnung. Unter dem Kapitel „Die Schlagwettergefahren“ haben wir diese Strecke bereits erwähnt.

Der Belegschaft des Unterwerksbaues standen nach der Explosion folgende Auswege offen, die allerdings auch von heißen, giftigen Nachschwaden beherrscht waren: durch den 20-Meter-Schacht zur Richtstrecke und durch diese rückwärts nach Revier 7, von dort aus nach Anna I bzw. Anna III, ferner heraus zur Sohlenstrecke und von dieser durch den zweiten östlichen Abteilungsquerschlag nach Revier 1, von dort aus gleichfalls nach den beiden Nachbargruben. Was sich aber abspielte, mag ein Ueberlebender erzählen. Es ist der Jungkamerad Josef Fuchs aus Alsdorf, der auf der Ortsstrecke 1 als Schleppler beschäftigt war. Wir entnehmen seiner Bericht folgendes:

„Ich ging mit meinem Bruder Heinrich und mit meinem Schwager zur Reche. In der Wäsche kam der Ortsälteste zu mir, wünschte mir ein herrliches „Glückauf“ und sagte, daß er krank sei und nicht anfahren könne. Das hat ihm das Leben gerettet. Zu meiner Arbeit hatte ich vom Schacht aus einen Weg von etwa einer halben Stunde. Auf unserer Strecke angekommen, daß ich schnell verbotswidrig ein Stück Brot. Den letzten Bissen noch im Munde, hörten wir plötzlich einen dumpfen Knall, dem ein ungeheurer Luftdruck folgte. Wir meinten, es sei ein Bruch in der Strecke gefallen. Ich ahnte aber Schlimmeres, griff zu meinen Kleidern und lief zum Bremsberg. Dort kamen Kameraden von oben und unten gelaufen und schrien: „Feuer! Gas! Bruch! Retze dich, wer kann!“ Wir liefen den Bremsberg herunter bis zum Ausbruch. Dort waren zwei Kameraden, wovon einer schrie: „Hilfe! Wasser! Wasser! Ich verbrenne!“ (Es handelt sich hier um den 45-Meter-Schacht). Die Betroffenen wurden wohl, vom Schacht kommend, im Schacht von der Explosion noch erreicht. — Der Berichterstatter.)

Diese unglücklichen Kameraden schleppten wir bis zum Ausbruch unserer Strecke. Dort war die Luft noch etwas frisch. Von allen Seiten kamen Kameraden gelaufen, wohl 40 an der Zahl. Auch unser Hilfssteiger, ein guter Mensch, und ein Bergschüler waren dabei. Sie wurden von allen befragt, wie man sich retten könne. Der Steiger meinte, daß hoffentlich bald Rettungsmannschaften kämen. Er ließ die Luftleitung auseinanderreißen. Es war aber keine Luft mehr drin. Die zum Verbrennen heißen Nachschwaden kamen immer dichter an uns heran. Einige Kameraden fielen ohnmächtig um. Sehr Schlimmes ahnend, versuchten wir, zu zehn Kameraden den Ausbruch (jetzt handelt es sich um den 20-Meter-Schacht) — D. Ber.) hinaufzuklettern. Aber mir allein sollte das Glück beschieden sein, oben anzukommen. Die übrigen neun blieben, einer nach dem andern, zurück und wurden am anderen Tage tot geborgen. Im Ausbruch fanden auf den Fahrten noch andere Kameraden, die nicht mehr weiter konnten. Sie sind meist wieder heruntergefallen. Ich kam nach großer Anstrengung oben an, konnte aber nicht mehr stehen. Ich sah helles Licht, glaubte Rettungsmannschaften zu sehen und schrie, so laut ich konnte. Da hörte ich bekannte Stimmen und trach weiter. Es war ein Kamerad von meiner Strecke und noch drei andere Kameraden. Nach ihrem Schreien und Lachen zu urteilen, mußten sie schon irrinnig gewesen sein. Vor uns lag die Strecke zu Bruch. (Dieses Drama und das in den folgenden Sätzen geschilderte spielte sich hinter dem Bruch in der nördlichen Richtstrecke ab, der zwischen dem zweiten östlichen Abteilungsquerschlag und dem 20-Meter-Schacht lag. — Der Berichterstatter.)

Jetzt kamen Stunden langen Wartens. Ich habe mal irgendwo gehört, daß auf der Sohle die Gase am stärksten seien und stellte mich deshalb auf einen Wagen, damit ich den Kopf möglichst hochhalten konnte. (Es dürfte nicht zutreffen, daß die Explosionsnachschwaden oben ungiftiger seien als unten. Das Kohlenoxyd hat ein spezifisches Gewicht von 0,967, ist also etwas leichter als die Luft und müßte oben dichter sein als unten. Praktisch kommt das aber kaum in Frage. Bekannt ist die Ver-

lungsversuche durch Hinlegen und das Gesicht möglichst auf der Sohle halten, vor dem Mund ein nasses Tuch. Das ist allerdings kein genügender Schutz gegen das Kohlenoxyd, dürfte jedoch ein Teilschutz gegen andere in den Nachschwaden enthaltene Stoffe bieten, so daß das Atmen erträglicher wird. — D. B.)

Ich merkte, daß in der Luftleitung noch etwas Luft war und zwickte sie mit einem Schalholz noch mehr auf. Das hielt aber nicht lange an. Im Gefühl, sterben zu müssen, stieg ich vom Wagen und schrieb folgenden Abschiedsgruß: „21. 10. 30. Josef Fuchs, geboren am 14. 6. 1910. Wenn ich hier nicht mehr herauskommen sollte, lebend, so grüßt mir den lieben Vater, meine Geschwister und alle meine lieben Verwandten und Bekannten. Ich gehe zur Mutter.“ (Die Mutter ist nämlich tot.)

„Ab und zu rief ich den Kameraden zu: „Lebt ihr noch?“ und bekam manchmal eine kurze Antwort. Dann war alles gespenstisch still. So mag ich über zwei Stunden gelegen haben. Beim Versuch, zu laufen, fiel ich um wie ein total Betrunkener. Ich lag dann noch längere Zeit und spürte nachher mehr Körperkraft. Mit Mühe konnte ich gehen. So kam ich, ohne zu wissen wie, in eine Strecke, die nach Anna I führte. Dort lag ich Licht, ging drauß zu und erkannte auch einen Kameraden von meiner Strecke. Er sagte mir, daß er gleichfalls irgendwo ohne Bewußtsein gelegen oder geschlafen habe. Es gesellten sich dann noch zwei weitere Kameraden zu uns, denen es ähnlich ergangen war. Zu vieren gingen wir auf die Suche, um nach Anna I zu gelangen. Nach langem Umherirren, an toten und verletzten Kameraden vorbei, fanden wir den richtigen Weg. Verletzte mitzuschleppen, dazu reichte unsere Kraft nicht aus. O, welcher Schmerz! Um 13.30 Uhr kamen wir am Schacht Anna I an. Dort trafen wir die ersten Rettungsmannschaften und auch Verze, die uns Einspritzungen gaben. Jetzt konnten wir ausfahren.“

Der Fall Josef Fuchs ist in rettungstechnischer und medizinisch-wissenschaftlicher Hinsicht sehr beachtlich. Wir kommen im nächsten Kapitel noch einmal darauf zurück. Noch als Josef Fuchs sich in der Richtstrecke befand, waren Leute vom Revier 1 aus ohne Gasdruckgeräte bis zum Unterwerksbau vorgezogen, und kurze Zeit darauf waren die meisten Baue befahren und gasfrei. Zu retten war unten nichts mehr. Wer nicht entronnen war — und es waren wenige —, war tot. Auf dem Anschlag Ort 1, von dem aus Fuchs die Flucht antrat, lagen die Toten buchstäblich übereinander. Wenn hier noch etwas zu sagen wäre, dann die Frage, warum bis zum Nachmittag keine reguläre Rettungskolonnen den Weg zum Revier 10 gefunden hat?

Die andere und

noch größere Totenkammer

lieferten die Abbaue zwischen der 4. und der 5. Sohle, die Reviere 3, 8 und 11. Den einzigen Fluchtweg durch den elektrisch betriebenen Blindtschacht konnten nur jene benutzen, die noch die Kraft besaßen, 100 Meter hoch Fahrten zu klettern.

Um 8.30 Uhr, also eine Stunde nach der Explosion, sind bereits Belegschaftsmitglieder von Anna I durch diesen Blindtschacht zur 5. Sohle gelangt. Die Gasgefahr war dort bereits gewichen. Im südlichen Querschlag ein furchtbares Bild: überall Verletzte durch Gas oder Feuer und viele Bemühtlose. Bergung war unmöglich, weil der Blindtschacht stillstand und die Förderföhr-

miten im Schacht festsaßen. Die Kraft des einzelnen reichte nicht aus, um Verletzte 100 Meter hoch zu tragen. „Wer klettern kann, gehe zum Blindtschacht und über die 360-Meter-Sohle nach Anna I“ hieß es. Das konnten nur noch wenige. Nun setzte die Arbeit zur Wiederbetriebsetzung des elektrischen Förderhospels ein. Dazu mußte ein neues Stromtadel von Anna I aus gelegt werden.

Erst nach 6 Uhr abends fuhr die Rettungskolonne Rheinelbe, die bereits wieder ausgefahren war, nochmals ein mit dem Auftrag, die Verletzten der 5. Sohle durch den Blindtschacht zu bergen. Man nahm die notwendigen Hilfsgeräte, wie Seile, eine besondere Schleifbahn und dergleichen mit. Am Blindtschacht angekommen, wurde gerade der Anschluß des neuen Kabels hergestellt. Nun ging die Bergung der Verletzten mit den Förderföhrben und bei schmerzhafter Umbettung vor sich. Es wurden noch neun Verletzte geborgen.

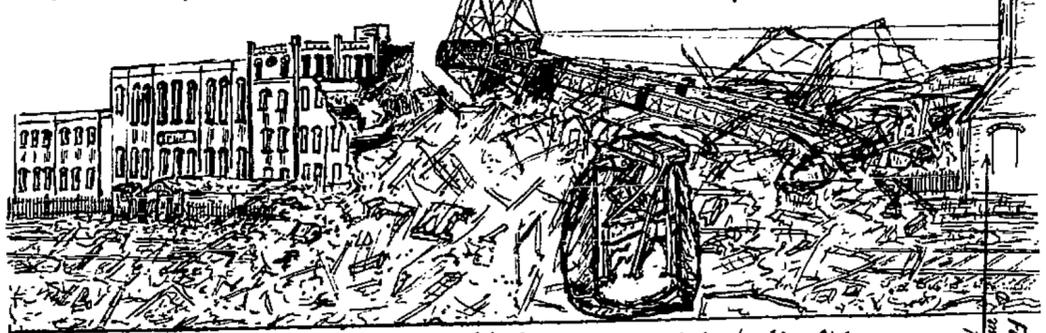
Diese Einzelheiten haben wir später so nach und nach erfahren. Elf Stunden lang hat man die Verletzten hilflos unten liegen lassen. Sie starben einer nach dem andern. Wir können mit Namen solcher dienen, die vormittags noch lebten, abends aber als Tote geborgen wurden. Nicht einzelne, sondern viele! Sie hätten gerettet werden können, wenn man so schnell wie möglich Hilfe heruntergeschickt hätte. Es war doch möglich, leere Tragbahnen und Decken herunterzuschaffen, ebenso Wiederbeleber, Gabelinsprizen, Verbandzeug, Stärkemittel usw. Ist das geschehen? Uns ist das nicht bekannt!

Und auch aus dieser Hölle, aus der schlimmsten dazu, nämlich aus den nach Norden gelegenen Abbaubetrieben, haben sich Menschen gerettet durch eine Tat, die an Wahnsinn grenzt. Vor einem Abbaubetrieb war man im Begriff, die Abbauhämmer zu schmieren, als der Steiger hinaufkam und über die Faulenzers schimpfte, weil man noch nicht mit der Kohlegewinnung beschäftigt war. In diesem Augenblick erfolgte die Explosion. Einige liefen zur Bergstippstrecke, über diese den Ausbruch herunter zur 5. Sohle. Es fand sich eine Gruppe von etwa zehn Mann zusammen. Man stürmte gemeinsam gegen die brüchig heißen Nachschwaden zum Eduardtschacht hin! Im Eduardtschacht ging es tiefen im Fahrtschacht heraus zur 4. Sohle. Doch war die Gruppe auf nur noch fünf Mann zusammengeschrumpft. Unterhalb der 4. Sohle war die Fahrtschacht versperrt. Es kletterte einer ein Stück im Schacht hoch und machte die Klappe frei. Diese fünf dachten nun nicht daran, über die 4. Sohle nach Anna I zu laufen. Wahrscheinlich haben sie diese Weg infolge schuldloser Unkenntnis gar nicht gekannt. Sie kletterten weiter im Schacht hoch, bis die zerstörten Fahrten Halt boten. Das war etwa 40 bis 50 Meter unterhalb der Rasenhangabank. Ihre Hilferufe wurden oben von den Bergungs- und Aufräumungsmannschaften gehört. Man holte sie mit Seilen durch die Trümmer nach oben.

Unter diesen fünf befand sich auch Heinrich Fuchs, ein Bruder des vorhin erwähnten Josef Fuchs. Nach der Explosion regnete es stark im Schacht infolge der durch die Explosion entstandenen Risse in der Schachtmauer.

Damit ist der Hauptteil dieser Abhandlungen, betitelt: „Warum die Explosion auf Anna II von solch furchtbarer Wirkung war?“ beendet. Es folgen noch die „Lehren aus der Alsdorfer Grubenexplosion“.

Bild 7



Als die Explosion das hochgerissene Schachtgerüst die feststutzen beiden Querträger, wieder losließ, fielen nicht wieder auf die Sondern daneben

Einführung des Gesteinstaubverfahrens in Steinkohlenbergwerken im Oberbergamtsbezirk Bonn.

Das Preussische Oberbergamt in Bonn hatte der Arbeitskammer für den Rohlenbergbau des Ruhrgebiets den Entwurf einer Bergpolizeiordnung über das Gesteinstaubverfahren in Steinkohlenbergwerken im Oberbergamtsbezirk Bonn zur Stellungnahme unterbreitet.

Mit diesem Bergpolizeiordnungsentwurf hatte sich der vorbereitende Ausschuß der Arbeitskammer bereits in seiner Sitzung am 10. April 1931 beschäftigt. Da in diesem Ausschuß zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppe eine Basis zur Abgabe eines gemeinsamen Gutachtens nicht gefunden werden konnte, waren der Plenarsitzung am 16. April 1931 zwei getrennte Stellungnahmen zur Beschlussfassung überwiesen worden. Auch in der Plenarsitzung war eine Uebereinstimmung zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu dem Entwurf nicht zu erzielen. Verordnungsgemäß wurde daher beschlossen, dem Oberbergamt in Bonn zwei getrennte Stellungnahmen zu unterbreiten. Die Arbeitgebergruppe erklärte sich einstimmig für die von ihnen vorgeschlagene Stellungnahme. Dagegen wurde die Stellungnahme der Arbeitnehmergruppe gegen die beiden Stimmen der Vertreter der oberen Bergbeamten beschlossen. Die beiden Stellungnahmen haben folgenden Wortlaut:

I. Stellungnahme der Arbeitnehmergruppe:

Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer hat den ihr mit Schreiben vom 3. bzw. 21. März 1931 zur Stellungnahme über den Entwurf einer Bergpolizeiordnung über das Gesteinstaubverfahren einer eingehenden Durchberatung unterzogen.

Die Arbeitnehmergruppe begrüßt es, daß sich der Entwurf im wesentlichen an die bereits im Oberbergamtsbezirk Dortmund bestehende Bergpolizeiordnung über das Gesteinstaubverfahren hält. Sie ist grundsätzlich der Auffassung, daß danach gestrebt werden muß, für alle Steinkohlenbergwerke möglichst eine einheitliche Regelung der bergpolizeilichen Bestimmungen zu schaffen. Beim Wechsel der Arbeitsstelle von einem Oberbergamtsbezirk zum andern bedeutet dieses für die einzelnen Arbeitnehmer eine Erleichterung und dürfte auch zur Grubensicherheit beitragen.

Zu dem Entwurf selbst werden folgende Abänderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge gemacht:

Zu § 1 Abs. 2: Die Arbeitnehmergruppe steht auf dem Standpunkt, daß im allgemeinen die Wetterabteilungen mit nicht mehr als 60 Mann in der Schicht belegt werden dürfen. In Anbetracht der im Oberbergamtsbezirk Bonn bestehenden Verhältnisse betrachtet die Arbeitnehmergruppe die jetzige Fassung des Absatzes 2 nur als ein Provisorium. Es muß jedoch darnach gestrebt werden, daß bei der allgemeinen Reform der Bergpolizeiordnung die Bestimmung dahin abgeändert wird, daß die Wetterabteilungen mit nicht mehr als 60 Mann in der Schicht belegt werden dürfen.

Zu § 18 Abs. 1: Das letzte Wort dieses Absatzes „mitzuteilen“ ist durch das Wort „einzureichen“ zu ersetzen.

Zu § 18 Abs. 2: Diesem Absatz ist folgender neuer Satz anzufügen: „Der Gesteinstaubvorrat muß in greifbarer Nähe, in der Regel nicht mehr als 60 Meter vor Ort, gelagert sein“.

II. Stellungnahme der Arbeitgebergruppe:

Der vorliegende Entwurf einer Polizeiverordnung des Oberbergamts Bonn findet nur auf einen kleinen Teil der im Arbeitskammerbezirk liegenden Bergwerke Anwendung. Von wesentlicher Wichtigkeit ist er für die Bergwerke des Adzener Bezirks. Ueber die Auswirkung der Vorschriften für diesen Bezirk können die Arbeitgebermitglieder der Arbeitskammer ein Urteil nicht abgeben. Andererseits ist bekannt, daß die Sektion 1 der Knappschaftsberufsgenossenschaft, welche den ganzen Kreis der in Frage kommenden Bergwerke umfaßt, sich zu dem Entwurf äußern wird. Die Arbeitgeberseite der Arbeitskammer hält es daher für zweckmäßig, von einer Begutachtung in der Arbeitskammer abzusehen und das Oberbergamt auf die Äußerung der Sektion 1 zu verweisen, zumal die Vorverhandlungen ergeben haben, daß die Arbeitgeberseite sich keinesfalls mit der Stellungnahme der Arbeitnehmerseite zu dieser Polizeiverordnung einverstanden erklären kann.

18. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 26. April bis 2. Mai 1931

HAUS UND LEBEN

Sang der Knappen.

Wenn der Tag beginnt, kommt für uns die Nacht,
Denn die Zehnglocken rufen uns zum Schacht;
In das Reich der Kohle, in die Unterwelt,
Wo auf stein'ger Sohle unser Arbeitsfeld.

Es rufen die Glocken
Der finsternen Mächte
Mit höhn'ichen Frohlocken
Die Knappen zur Schicht.
Sie stößen und geigen
Dem ruhigen Knechte
Den tanzenden Reigen
Zur schaffenden Pflicht:

Schwinge Keilhau, Keilhau schwinge,
Auf und nieder, immerzu,
Schwinge Knappe, Knappe schwinge
Sie ohn' Raft und ohne Kub'.

In die Tiefe sauset, Korb in schnellem Flug;
Um die Ohren brauset, heulend Wetterzug,
Nimmt uns auf der Rachen in den Höllenschlund,
Weicht das frohe Lachen, stille wird der Mund.

Wir wühlen die Wege
Mit menschlichem Wollen
Bereiten die Stege
Mit göttlicher Macht.
Wir sprengen die Steine
Und fahren die Stollen
Und schaffen alleine
Den fahrbaren Schacht.

Schwinge Keilhau, Keilhau schwinge,
Auf und nieder, immerzu,
Singe Knappe, Knappe singe
Dir dein Totenlied dazu.

Durch die Gänge hasten tief im Erdschoß,
Unter Fühlen, Tasten bis zum Kohlenstoß.
Kohlen ohne Ende unter höll'schem Spud,
Schaffen schwiel'ge Hände, füllen Zug um Zug.

Wir hauen die Kohle
In graufigen Schlingen
Auf steiniger Sohle
Mit schwieliger Faust.
Entreißen die Werte
Den urchigen Gründen
Und schaffen der Erde
Das Weltengebraus.

Schwinge Keilhau, Keilhau schwinge,
Auf und nieder, immerzu,
Springe Knappe, Knappe springe,
Sonst ein Opfer wirst auch du.

Schaffen, wühlen, ringen, fern dem Tageslicht;
Kohlen, Kohlen bringen, bis das Auge bricht.
Schaffen, ringen, wühlen, so will's unser Stern,
Und den Schrank zu füllen, unser Grubenherr'n.

Wir leben ein Leben
In steten Gefahren,
Voll Bangen und Leben
In Sorge und Not.
Drum müßig geschwungen
Ihr ruhigen Scharen
Und kämpfend gerungen
Für Freiheit und Brot.

Schwinge Keilhau, Keilhau schwinge,
Für der Freiheit Sonnentag.
Schwinge mächtig, daß gelinge
Einst der letzte große Schlag.

Alter Bergmann im Lenz.

Erste Sonnenstrahlen fließen
Rosend Wald und Flur;
Munterer Vögelin wieder grüßen
Blühende Natur.

Bächlein plaudert um die Wette
Mit der grünen Lu.
Himmelschlüssel macht Tolle
Spiegelt sich im Tau.

Knospen öffnen ihre Blüten,
Amen Lenzesluft.
Durch des Haines stillen Frieden
Ziehet Maienduft.

Maienglöckchen lieblich läuten
Harmoniegefang,
Tragen in die Lenzesfreuden
Neuen süßen Klang.

Blütenzauber, Knospensülle,
Lenzesonnenschein
Und des Waldes schatt'ge Stille,
Grüßen groß und klein.

Alles plaudert, locket, winket
Wie in muntern Reih'n;
Auch der alte Bergmann hinket
Nach dem nahen Hain.

Schmerzend brennen noch die Wunden,
Die ihm schlug der Schacht.
Nie hat ihm in frohen Stunden
Einst das Glück gelacht.

Morsche Beine tragen müde
Schwanken Bau dahin;
Und doch füllet sel'ger Friede
Nun des Lebens Sinn.

Kann er doch in Ruh' genießen
Blühende Natur,
Wenn sich Lenzesfreuden gießen
Ueber Hain und Flur.

Die Berghalde.

Es ist so still! Die Halde liegt
In warmer Mittagsonn.
Ein düsterrauer Nebel liegt
Von ihr und heuchelt Sonne.

Es ist so still! Denn ringsumher
Herrscht unheilvolles Schwarzigen.
Am Fuß der Halde — hin und her —
Sieht man Gestalten schleichen.

Sie scharren, wühlen, suchen dort
Ob wo sich Kohlen zeigen,
Und eine jagt die andere fort,
Doch keine bricht das Schwarzigen.

Da schlägt es eins vom nahen Turm
Und die Sirenen heulen.
Man sieht Gestalten — wie im Sturm —
Dem Haldenfuß enteilen.

Es darf sie keiner sehen dort,
Wenn sie sich Kohlen lesen.
Die sollen ja am Halbenort
Zu Schutt und Dreck verwesen.

Die Grubenlorelei.

Ich weiß wohl was soll es bedeuten,
Daß ich so traurig bin;
Die drückende Not der Zeiten
Spült allen Frohsinn dahin.
Die Wetter* sind schwül und es dunkelt
Und grinzend lauert Freund Hein,
Die Kohle glühert und funkelt
Im Grubenlampenschein.

Die schönste Jungfrau sitzt
Dort unten wunderbar,
Ihr Förderjoll drückt. Es schweizet
Der Bergmann bei Lebensgefahr.
Sie singet dem ruhigen Sohne,
Ihr schönstes Lied dabei;
Das Lied vom winkenden Lohne
Mit schmeichelnder Melodei.

Zwar kennt der Bergmann die Kniffe,
Doch packt ihn wildes Weh.
Er denkt der Familienrisse
Und schaut nicht hinauf in die Höh'.
Ich glaube, der Bergbau verschlinget
Am Ende noch jeden Mann,
Das hat mit ihrem Bedinge
Die Grubenlorelei getan.

* Schachtarbeit

Paul Zimmermann.

Empor zum Licht.

Die Sirene brüllt auf. Ihr langgezogener, dumpfer Ton schleicht durch die schwarzen Steinwände des Dorfes. In den niedrigen engen Häusern wird es lebendig. Schatten von Frauen tauchen ab und zu an den Fenstergardinen auf. Sie bereiten schnell noch ein kleines Frühstück für ihre Männer und Söhne, die Bergarbeiter sind. Hier und dort hört man eine Tür schlagen. Bergarbeiter, gebückt, mit blassen Gesichtern, treten heraus. Schweigend eilen sie zu zweien, zu dreien der nahen Grube zu. Vor mir gehen auch ein paar Fabrikmädchen. Not und Enttäuschung sind ihren Gesichtern abzulesen. Enttäuschung über unerfüllte Kinderträume. In engen dumpfen Fabrikräumen müssen sie ihr Brot verdienen. Ihr Körper ist an den schmutzigen Fabrikraum, ist an die Maschine gebunden. Sie werden ihres Berufes nicht froh; wie könnten sie es auch? Wo soll bei dieser Körper und Geist ermüdbenden Fabrikarbeit noch die Berufsfreude herkommen?

Ich bin auf der Grube angekommen. Hoch in die Luft ragt das Gerüst, worauf sich die Räder drehen, auf denen das Seil ruht, mit dem man uns hinabläßt in den schwarzen Schlund. Leben und Tod ist ihm gegeben. Es bringt uns gesund ans Tageslicht, oder läßt uns hinabstürzen zu den Geistern der Tiefe. Am Tor der Grube stauen sich die Kumpels. Aus allen Richtungen kommen sie herbeigeströmt, aber das Tor nimmt sie alle auf. Der Reihe nach lassen sie sich ihre Marke geben. Nun sind sie nur noch Nummer, nicht mehr Mensch. Ich habe die Nummer 46, werde als solche in den Listen geführt.

Ich gehe in die Waschkau. Schnell vertausche ich meine Straßenkleidung mit dem Grubenanzug. Dann lasse ich mir meine Lampe geben und gehe in den Verlesesaal. In dichten Gruppen stehen hier die Kumpels, meine Schicksals- und Leidensgenossen, beisammen. Auch ich geselle mich zu einer Gruppe.

Was man reden sie alle? Von schlechtestem Bedinge, mit welchem man nicht das Nötigste zum Leben verdienen kann. Von miserablen Arbeitsverhältnissen, welche uns die Arbeit zur Qual werden lassen. Auf einmal tritt Ruhe ein. Der Steiger kommt. Mit dem Schichtenbuch in der Hand geht er zum Rasthede. Alle drängen wir uns um ihn. Sein Morgenruß ist: „Nacht, daß es heute mehr Wagen gibt als gestern! Ich will mehr Leistung sehen!“ Die Kumpels kennen dies Klagegedicht schon zur Genüge. Teilnahmslos nehmen sie es hin.

In langen Reihen strömen sie nun dem Schacht zu. Eben kommt der vierte Korb an den Tag. Viermal dreiundvierzig Bergleute hat die dunkle Tiefe ausgespien. Müde, schwarze Gestalten. Aber in ihren Gesichtern spiegelt sich Zufriedenheit, denn wieder sind sie dem schwarzen Schlund, wenn auch nur für kurze Zeit, entronnen. Aber viermal dreiundvierzig hat die Tiefe dafür wieder verschlungen. Mit dem fünften Korb komme ich an die Reihe. Schon ertönt das Signal zur Abfahrt. Schnell verjage ich noch einen letzten Sonnenstrahl zu erschauen, doch schon verfinstert der Korb in die Tiefe. Bange könnte einem werden bei diesem plötzlichen Versinken ins Dunkel des Schachtes. Aber wir Bergarbeiter sind daran gewöhnt. Wenn man Tag für Tag die Gefahr sieht, sich in ihr bewegt, ihr doch nicht entfliehen kann, wird man abgestumpft gegen sie. Feuchte Luft umgibt uns. Schattenhaft gleiten die Spurlatten an uns vorbei.

Wald blüht Licht auf. Die sechste Sohle ist erreicht. Der Korb hält. Wir steigen aus. Einige von meinen Kameraden gehen an den Gezähewagen, um dort ihren Abbauhämmer in Empfang zu nehmen. Eigentlich sind es Maschinen, was sie da als Werkzeug in die Hand nehmen. Die Handhabung dieser Maschinen zerrüttet die Gesundheit der damit Beschäftigten schon frühzeitig. Das kommt daher, weil man diese Maschinen frei in den Händen festhalten muß. Nur ganz kräftige Naturen können dies längere Zeit aushalten. Aber auch ihre Gesundheit wird ruiniert. Das fortgesetzte Rütteln und Stoßen zieht durch den ganzen Körper. Man wird nervös. Mit Recht nennen die Kumpels ein solches Instrument „Knappenmörder“.

Mit den Kameraden zusammen gehts nun der Arbeitsstätte zu. Ein Labyrinth von Strecken und Gängen haben wir zu passieren. Schweigen liegt über uns. Ein jeder hängt seinen Gedanken nach. Ein unheimlich schöner Anblick ist die lange Reihe der Bergarbeiter. Wie eine feuergelbte Schlange sieht das aus, wenn sie, in der Hand das trübe Grubenlicht tragend, einer hinter dem andern durch die dunklen Strecken schreiten, die im Lampenlicht gespenstisch fahl leuchtende Zimmerung verlieren sich beim Weitergehen in dunkles Nichts.

Wir sind an unserer Arbeitsstätte angelangt. Das Grubenhemd wird mit dem Schweißmittel vertauscht. Bald brummen auch schon die Abbauhämmer; die Rasthede rattern. Wir wühlen uns in den Leib der Erde. Schweiß glänzt auf unserem Körper. Zitternd stoßen die Hände immer und immer wieder mit dem Abbauhämmer in die Kohlen. Aber nicht so leicht läßt sich die Erde ihren Reichtum entreißen. Nur in schwerstem Kampf mit den Naturelementen, mit den Dämonen der Tiefe, gewinnen wir der Erde ihren Reichtum ab. Menschlicher Geist und Lebenswille stehen gegen die Naturelemente. Aber oft überraschen sie uns doch. Schnitter Tod hält dann Erntefest. Schon so mancher treufürsorgende Familienvater und schon so mancher hoffnungsfrohe Jüngling blieben auf dem Schlachtfelde der Arbeit liegen, tot oder verkrüppelt.

Aber zu diesen unbezwingbaren Feinden des Bergmanns gefellt sich heute noch ein anderer, der mehr Opfer fordert und mehr Kameraden dahinnrafft als unsere unsichtbaren, uns stets heimlich umlauernenden Feinde. Es ist das Antreibes- und Gedingehystem, das heute im Bergbau herrscht. Das Bedinge ist eben so gehalten, daß der Bergmann nur unter größter Anstrengung und schlimmstem Draufloswühlen, unter Außerachtlassung jeglicher Verfahrungsregeln seinen Lohn verdienen kann.

Immer und immer wieder müssen wir unser Leben aufs Spiel setzen. Wofür? Warum? So fragen wir uns. Die Erde mit ihrem unermeßlichen Reichtum gehört doch allen Menschen. Diener der Menschheit wollen wir Kumpels sein, aber nicht ihre Sklaven. Dieses Antreibesystem schafft verbitterte, unzufriedene Menschen. Es macht uns zum Feind der Arbeit. Doch wir sind hineingezwängt in dieses System, müssen mitleiden, solange mittun, bis wir unseren Todfeind, den Kapitalismus, auf die Knie gezwungen haben.

Wagen um Wagen wird geladen. Ein Höllenlärm umgibt mich. Hier wird verbaut. Dort werden die entstandenen Hohlräume zugefügt. Weiter unten reißt ein Abbauhämmer mächtige Kohlenblöcke los.

Durch die Strobe herunter kommt Befahrung. Es ist der Betriebsführer mit dem Steiger. Wir überschütten die beiden mit Klagen über die ungeheure Leistung und das schlechte Bedinge. Aufselzend gehen sie weiter. Sie wissen, daß die Klagen berechtigt sind. Aber einen Dreck fragen sie danach. Für sie gilt nur die Parole: „Profit!“

Es ist Halblicht. In aller Eile wird die Stulle verzehrt. Weiter geht der Höllenspektakel. Weiter laucht und pufst der Kohlenmotor. Weiter geht das blecherne Klingeln der Schüttelrutsche. Weiter das ewige Arrr-Arrr der Abbauhämmer. Mechanisch verrichte ich meine Arbeit. Immer besser, rhythmischer wird das Zusammenspiel zwischen Mensch und Maschine. Wichtig, taktmäßig klingt das Lied der Arbeit.

Es kommt mir vor, als stecke ich schon eine kleine Ewigkeit in dieser Hölle. Auf einmal wird's still. Die Schüttelrutsche steht. Der Hammer ist ruhig. Schicht! Schnell ziehe ich mich um und verlasse fluchtartig die Stätte meines Wirkens. Im Lauffschritt geht es zum Schacht. Jagende und hastende Kumpels rennen an mir vorbei. Alle wollen sie rechtzeitig am Schacht sein. Ich komme gerade noch rechtzeitig, um mit dem fünften Korb wieder ans Tageslicht zu fahren. Goldener Sonnenschein liegt über der Schachthalle. Unbeschreibliche Freude erfährt mich. Der Gedanke, dem dunklen Schacht entronnen zu sein, ist es, der mich so froh macht. Der herrliche Sonnenschein erwärmt mich. Ach, wie lieben wir Bergleute die Sonne! Troßdem wir ein Drittel unseres Lebens in dunkler Nacht verbringen müssen. Aber gerade deswegen ist sie uns so wertvoll geworden. Wir Männer der Tiefe wissen am besten das Sonnenlicht zu schätzen. Gierig atme ich die frische Luft ein. Gemächlichen Schrittes gehe ich in die Waschkau. Mit noch vier Kameraden stehe ich unter einer Brause. Welch beglückendes Gefühl, den Körper zu reinigen von Staub und Dreck. Ich komme mir vor, wie ein nach langer Krankheit wieder genesender Mensch. Doch lange währt meine Freude nicht. Beim Verlassen der Grube werfe ich einen Blick auf das Anschlagbrett. Kurz und bündig steht da: „Am Montag wird gefeiert.“ Die Kumpels sammeln sich vor dem Brett; mit betrübten Mienen lesen sie die Mitteilung. Verwünschungen werden laut. Aber was nützt das?

In Gedanken verjunkte gehe ich nach Hause. Das Mittagessen steht schon auf dem Tisch. Troß meiner Müdigkeit schmeckt es mir besonders gut, und ich lange auch kräftig zu. Aber nun will ich rauchen. Ich setze mich ans Fenster. Vergessen schaue ich hinaus.

Da kommt mein Freund vorbei, der die Beiträge für den Verband kassiert. Wir unterhalten uns über vieles. Und wir fühlen uns so eng verbunden. Der gemeinsame Kampf bindet fest. Und kämpfen müssen wir. Mein Freund und ich, wir versprechen uns das noch einmal. Nur schade, daß nicht alle Kumpels das begriffen haben. Aber wir werden sie auch noch belehren. Das harte Leben hilft ja dabei mit. Und dann, wenn sie es alle begriffen haben, dann — mein Freund, sagt er begeistert — dann sprengen wir die Ketten, machen uns frei. Wir wollen nicht ewig im Lebensdunkel stehen. Wir wollen heraus aus Sklavenfron. Arbeiten? Gemiß wollen wir das. Aber als freie Arbeiter, als freie Menschen. Empor zum Licht!

Wilh. Spaniol.

Jahrestreffen unseres Verbandes.

Ruhrbezirk.

Die große Revierkonferenz unseres Verbandes im Ruhrbezirk fand am 19. April im „Parkhaus“ in Bochum statt. Am Mittelpunkt der Verhandlung stand der Geschäftsbericht der Bezirksleitung. Aus den schriftlichen Darlegungen und den Ausführungen des Bezirksleiters Meier ist folgendes zu entnehmen:

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet ist im letzten Jahre um 16,3 Mill. To. oder um 13,2 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Die Belegschaft hat sich dagegen im Berichtsjahre um 93 000 Mann oder rund 24 Prozent verringert. Der Schichtförderanteil ist infolgedessen weiter gestiegen. Er betrug im Januar 1299 Kg., im Dezember 1437 Kg. Jeber den Grad der Mechanisierung im Ruhrbergbau wird mangels neuer statistischer Unterlagen auf eine frühere Erhebung verwiesen, wonach 1913 rund 10 000, im Jahre 1929 aber rund 124 000 maschinelle Hilfsmittel (Bohr- und Abbauhämmer, Schrämmaschinen usw.) bei der Kohlegewinnung verwendet wurden. Die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet betrug im Januar v. J. 4834, im Dezember 63 962. Trotz dieser katastrophalen arbeitsmarktpolitischen Entwicklung wurden im Berichtsjahre nicht weniger als 9,6 Millionen Feierschichten eingelegt, was für die Bergarbeiter einen Lohnausfall von etwa 88 Mill. M. bedeutet. Die Halbenbestände, die zu Anfang dieses Jahres 3,8 Mill. To. betrugen, waren gegen Jahresende auf 9,8 Mill. To. gestiegen. Acht Betriebe wurden völlig stillgelegt, sechs weitere wurden durch Zusammenlegung mit anderen erheblich eingeschränkt.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit veranlaßte die Bergarbeiterverbände im September 1930, das Mehrarbeitsabkommen zu kündigen, um auf diese Weise die Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern zu mildern. Die Unternehmer lehnten diese Forderungen ab und verlangten das Recht zum Verfahren von Uebererschichten. Schließlich wurde in den Schlichtungsverhandlungen mit den Arbeitgeberstimmen ein Schiedsspruch gefällt, der ein Weiterbestehen der bisherigen Arbeitszeit bis zum 30. September 1931 vorsieht. Damit ist jedoch — wie Bezirksleiter Meier ausführte — das Arbeitszeitproblem keineswegs gelöst. Wenn die Regierung trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit sich auch in Zukunft gegenüber der Beseitigung der Mehrarbeit im Ruhrbergbau passiv verhalten würde, dann müßten sich die Bergarbeiter mehr auf ihre organisierte Widerstandskraft besinnen.

Die tarifliche Lohnpolitik stand im Berichtsjahre im Zeichen des Stillstandes. Auf Grund der allgemeinen Krisenzeichen hielten die Unternehmer zwar den Zeitpunkt für einen Lohnabbau für gekommen. Sie kündigten im August den Lohnvertrag mit dem Ziel, einen zehnprozentigen Lohnabbau durchzuführen. Dieses Ziel konnte jedoch vereitelt werden, indem mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsspruch gefällt wurde, der eine Verlängerung des geltenden Lohnvertrages bis Jahresende vorsah. Wenn dagegen zu Anfang dieses Jahres bei dem zweiten Vorstoß ein sechsprozentiger Lohnabbau nicht verhindert werden konnte, dann sei das außerordentlich bedauerlich. Nachdem inzwischen auch in anderen Staaten die Bergarbeiterlöhne gesenkt worden seien, sollte man meinen, daß auch nunmehr die Unternehmer einsehen würden, wie aussichtslos und sinnlos es ist, auf diese Weise eine Abfahrbelastung zu erreichen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten bestätigt nämlich, daß der gewerkschaftliche Standpunkt durch Stärkung der inländischen Kaufkraft eine Wirtschaftsbelebung zu erreichen, der einzig richtige ist.

Bemerkenswert in dem Bericht ist ferner die Rechtsschutzfähigkeit des Bergarbeiterverbandes. So wurden beispielsweise durch den Verband allein 975 Rentenstreitigkeiten ausgetragen, und zwar größtenteils mit Erfolg. Das materielle Ergebnis des erweiterten Rechtsschutzes beträgt nicht weniger als 319 000 Mark.

Sehr beachtenswert ist ferner, daß trotz der Krise die Zahl der Verbandsmitglieder noch gestiegen ist. Gegen Jahresende zählte der Verband 63 020 Mitglieder, das sind 1220 mehr als zu Jahresanfang.

Ein glänzendes Beispiel gewerkschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Hilfsbereitschaft ergab auch der Kasernenbericht des Kameraden Klein. So wurden beispielsweise 1,29 Mill. Mark für folgende Unterstützungszwecke ausgegeben:

Kurzarbeiterunterstützung	507 955,08 M.
Krankenunterstützung	264 709,30 M.
Gemäßregeltenunterstützung	639,20 M.
Arbeitslosenunterstützung	499 788,28 M.
Sonstige Unterstützung	23 335,00 M.

Eine ausführliche Darstellung über die gewerkschaftliche Mitarbeit in der Arbeitskammer und der Treuhandstelle für Bergmannsneidungen im Ruhrbezirk sowie über die Betriebsrats-tätigkeit rundete den Bericht ab.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht berichtete der Vorsitzende der Reichsnappschaff, Kamerad Fröh Bickel, über die gegenwärtige Lage der Knappschaffspensionsversicherung. Berhängnisvoll für diese Versicherung wirkte sich die Ungewißheit darüber aus, ob und in welchem Ausmaße ihr vom Reich geholfen wird. Die Bergarbeiter werden durch die widersprechendsten Nachrichten, die darüber verbreitet werden, aufs schwerste beunruhigt. Es müßte deshalb von der Regierung eine eindeutige Stellungnahme geordert werden. Die Konferenz nahm hierauf folgende Entschliebung einstimmig an:

„Die heute, am 19. April, in Bochum versammelten Vertreter des Bergbauindustriearbeiterverbandes aus dem Ruhrbezirk bringen zum Ausdruck, daß die bisherige Haltung der Regierung zur Sanierung der Knappschaff die Bergarbeiter schwerstens enttäuscht und maßlos verbittert hat. Trotz der Zusagen, die den Bergarbeitervertretern in der Hauptversammlung der Reichsnappschaff gemacht worden sind, haben bis jetzt weder Regierung noch Reichstag die entscheidenden Maßnahmen zur Behebung der knappschafflichen Finanznot unternommen. Die Vertrauens- und Betriebsobleute des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands fordern deshalb von der Reichsregie-

rung eine eindeutige Erklärung über ihre Stellung zum Knappschaffsproblem. Sie weisen mit Nachdruck und aller Eindringlichkeit nochmals darauf hin, daß der Knappschaff schnellstens und ausreichend geholfen werden muß, wenn den Bergarbeitern keine neuen, und unerträglichem Opfer zugemutet werden sollen. Diese Zumutungen sind um so unerträglich, da die Fehlbeträge der Knappschaff vor allem durch den katastrophalen Beschäftigungsrückgang im Bergbau und durch den Fortfall der Hilfe aus der Leg Brünning verursacht worden sind.“

Nach der Mittagspause hielt zunächst Kamerad Martmüller ein instruktives Referat über den neuzeitlichen Arbeitsvertrag und das Schlichtungswesen. Ausgehend von dem freien Arbeitsvertrag in der Vorkriegszeit behandelte er kurz das jetzige Tarifrecht. Wenn heute die sogenannten normativen Bestimmungen des Tarifvertrages ohne weiteres Bestandteil des Arbeitsvertrages würden, dann sei diese Unmittelbarkeit des Tarifvertrages zweifellos ein Fortschritt. Von großer fortschrittlicher

Die Alten mahnen!



Rund vierzig Jahre stehe ich in den Reihen des Verbandes. Das ist der Stolz meines Alters. Wir haben schon große Erfolge erzielt. Nun suchen die Kapitalisten unsere Macht unter Ausnutzung der Dummheit unter den Arbeitern zu brechen. Nationalsozialisten und Kommunisten leisten die Zerstörerdienste. Kameraden, besinnt euch! Haltet treu zum Verbands, denn wenn diese Macht zerstört würde, dann wäre ihr wieder der Peitsche des Kapitals hilflos ausgeliefert. Wir Alten begrüßen, daß gerade in letzter Zeit überall ein reger Agitationsdienst geübt wird. Helft alle mit, daß sich unsere Zahl verdoppelt.

Mit Glückauf!

Josef Schulte (Buer i. W.)

Bedeutung sei vor allem die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages. Darüber hinaus kommt für das Zustandekommen der Tarifverträge und damit für die Regelung der Arbeitsverhältnisse dem Schlichtungswesen eine besondere Bedeutung zu. Die praktischen Erfahrungen zeigen nun, daß der Arbeiterhaft der eigentliche Sinn und die Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts vielfach nicht bewußt geworden ist. Häufig findet man die Auffassung vertreten, als ob die Tarif- und Schlichtungsinstanzen völlig unabhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen zu den Entscheidungen kommen. Diese Meinung ist völlig falsch. Trotz Tarifrecht und Schlichtungswesen bleibt jeder Tarifabschluß ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, für dessen Ergebnis die jeweiligen Machtpositionen entscheidend sind.

In der Ausprache kamen zahlreiche Redner zum Wort, die in sehr eindrucksvoller Weise die Verhältnisse in den Betrieben schilderten. Vor allem wurde lebhaft Klage über die mangelhafte Entlohnung infolge der zahlreichen Feierschichten geführt. Nicht selten müssen Familienväter mit 10 bis 15 M. Abschlagszahlung nach Hause gehen. Die mühselige und verbitterte Stimmung, die heute in Bergarbeiterkreisen herrscht, wird, vor allem auch durch die unsoziale und rigorose Art der Gehingeregulierung gesteigert. Angesichts dieser Zustände sei jeder Plan, die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter noch weiter zu verschlechtern, ein soziales Verbrechen. In sehr scharfen Worten wurde in diesem Zusammenhang die Haltung der Grubenunternehmer gegeißelt, die darauf hinausläuft, die Schäden der Fehlleitung von Kapital den Bergarbeitern aufzubürden. Die Bergarbeiter seien jedoch keinesfalls gewillt, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise willenlos hinzunehmen. Die Not innerhalb der Bergarbeiterhaft sei so groß, daß jede weitere Zumutung zu sozialen Konflikten mit unübersehbaren Folgen führen müsse. Das Gebot der Stunde sei deshalb, mehr denn je die Schlagkraft der Organisation zu stärken, damit die kapitalistische Verelendungspolitik wirksam abgewehrt werden könne.

Anschließend behandelte Kamerad Meier die Ausführungen eines Diskussionsredners, die sich mit der Randzeckenklausel befaßten. Er sah diese Klausel als ein Unrecht an, wies aber auf die Schwierigkeiten hin, die die Unternehmer einer Beseitigung derselben entgegensetzten. Er betonte hierbei, daß die Unternehmer geäußert hätten, eventuell noch mehrere Zeichen unter diese Klausel fallen zu lassen. Weiter stellt er dann fest, daß die Konferenz einen guten Verlauf genommen hat. Martmüller ging in seinem Schlußwort nochmals eingehend auf die Rationalisierung ein und erläuterte die Stellung

der Gewerkschaften zur Rationalisierung. Wir dürfen uns einer vernünftigen Rationalisierung nicht entgegenstellen. Es gibt keinen Stillstand in der Veränderung der Produktionstechnik. Wer gegen den Fortschritt ist, kommt unter die Räder. Die Art und Weise, wie die Unternehmer aber rationalisiert haben, ist widerwärtig. Es ist ein ungeheures Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz geschaffen worden. Die kommenden Kämpfe werden hart und äußerst schwierig sein. Wir müssen alle Mittel anwenden, um zum Ziele zu kommen. Um so mehr muß unsere Arbeit klar und nüchtern sein.

Dann schritt man zur Neuwahl der Erfahrmänner für die Bezirks- und Kontrollkommission. Es schieden aus: Fröba (Hamm), Friedhof (Gichlinghofen), Hahne (Bochum), Busch (Gladbeck), Witthüser (Hattingen) und Renner (Oberhausen). Die Kameraden Fröba, Friedhof, Busch, Hahne und Witthüser wurden auf Antrag der einzelnen Geschäftsstellen wiedergewählt. Für den Kameraden Renner wurde Kamerad Heißig (Oberhausen) gewählt.

Die ausscheidenden Mitglieder der Kontrollkommission: Uthmann, Markus und Bogt wurden einstimmig wiedergewählt. Mit dem Wunsch, eine weitere Festigung unserer Organisation zu erstreben und mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen.

Bezirk Polnisch-Oberschlesien.

Am 12. April fand unsere Jahrestreffen im „Dom Ludowy“ in Królewska Huta statt. Kamerad Niesch gab den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß das Jahr 1930 nicht nur ein Krisen-, sondern auch ein Unglücksjahr war und gedachte in warmen Worten der bei den Grubenkatastrophen verunglückten Kameraden. Aus dem weiteren Bericht konnte man ersehen, daß in organisatorischer Hinsicht, trotz der Entlassungen und wüsten Hege nationalistischer Verbände, sich die Mitgliederzahl erhöht hatte. Auch der Terror, welcher von einer bestimmten Seite gegen unsere Mitglieder inszeniert wurde, konnte die Arbeiter von ihrem Gewerkschaftsgeist nicht abtrünnig machen, denn man hat trotz allem Zahlstellen in Orten aufgebaut, in welchen man früher sehr schwer Fuß fassen konnte. Dank geübt hierfür in erster Linie unseren Funktionären. Es wurden auch mehreren Kameraden Prämien für ihre aufopfernde Arbeit in der Werbetätigkeit verabfolgt.

Die Rechtsschutzfähigkeit brachte sehr gute Erfolge. Nicht Schuld des Verbandes ist es, daß noch viele Fälle ihrer Erledigung harren, sondern Schuld der Instanzen, die im Schnecken-tempo die Arbeit bewältigen. Insgesamt konnte den Mitgliedern 1445,70 Zloty sichergestellt werden.

Kamerad Herrmann referierte über die wirtschaftspolitische Lage. Referent unterstrich, daß das Glend und die Not der Arbeiterklasse sehr groß ist und das vergangene Jahr ein Rückschlag für die Arbeiter bedeutet. Gestützt auf statistisches Material wies er nach, daß in Polen im Jahre 1929 37 499 543 Tonnen Kohlen gefördert wurden. 1930 ist wohl die Gesamtproduktion zurückgegangen, die Leistung pro Mann habe aber eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Infolge der ziel- und planlosen Wirtschaftsführung im kapitalistischen System kann sich die Kaufkraft der Konsumenten nicht heben und es ist auch nicht verwunderlich, daß der Inlandsverbrauch keine Steigerung erfährt.

Ein großer Kampf wird von den Unternehmern gegen die sozialen Errungenschaften geführt, z. B. gegen das Betriebsrätegesetz. Hier steht ihnen das Mitbestimmungsrecht im Betriebe in die Augen. Sie wollen nicht, daß die Arbeiter bei Entlassungen usw. mitbestimmen sollen, denn sie wollen sich als Herren im Hause fühlen. Es muß scharfer Protest dagegen erhoben werden, daß die Rechte der Arbeiter geschnitten werden sollen. — Nachstehende

Entschliebung

wurde einstimmig angenommen: „Die am 12. April in Królewska Huta tagende Funktionärjahrestreffen des deutschen Bergbauindustriearbeiterverbandes (Bezirk Polnisch-Oberschlesien), die sich mit der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues befaßte, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem rigorosen Treiben der herrschenden Kohlenbarone sowie der unmenschlichen Behandlung der Bergarbeiter. Sie spricht den Führern ihres Verbandes das volle Vertrauen aus.

Die Konferenz erhebt den schärfsten Protest 1. gegen den willkürlichen Lohn- und Gruppenabbau, da derselbe nicht zur Hebung der Wirtschaft beiträgt; 2. gegen die unmenschliche Ausbeutung der in Arbeit Stehenden sowie gegen die Mißachtung der Arbeiterrechte; 3. gegen die systematischen Reduzierungen der Belegschaften sowie Neueinstellung hoher Beamten und Direktoren; 4. gegen den Kampf der Kohlenbarone gegen das Betriebsrätegesetz; 5. gegen die Anschläge auf die Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Arbeitswochen von 20 auf 48 Wochen.

Die Konferenz fordert Ausbau der staatlichen Kontroll- und Aufsichtsorgane sowie Durchführung schärferer Kontrollen in den Gruben; desgleichen fordert die Konferenz die Behörden auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich dafür einzusetzen, um der strafbaren und vertragswidrigen Handlungsweise des Kapitals Einhalt zu gebieten.

Die Konferenz ist sich bewußt, daß zwar die Wirtschaftskrise weltwirtschaftlich bedingt ist, doch wird sie in Polnisch-Oberschlesien fast zu 100 Prozent künstlich aufrechterhalten, um einen Lohnabbau zu erzwingen.

Um der Wirtschaftskrise wirksam entgegenzutreten zu können, schlägt die Konferenz vor: 1. Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung der Fünftagewoche; 2. Regelung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen sowie des Exports auf internationaler Basis; 3. Abbau der hohen Gehälter der Direktoren und Beamten sowie Abbau der Direktoren- und hohen Beamten im Vergleich zu den abgebauten Belegschaften; 4. Abschaffung der Lantienmen, damit nicht leichtsinnigerweise Menschenleben geopfert werden; 5. Herabsetzung der hohen Administrationskosten sowie Abschaffung der Preispanne zwischen Groß- und Detailhandel; 6. Schaffung eines Reichskohlenrats mit paritätischer Befehung.

Die Konferenz ist überzeugt, daß, falls die angeführten Vorschläge durchgeführt werden, dieses nicht nur zur Behebung der Krise im Bergbau beiträgt, sondern auch für die Gesamtwirtschaft von Nutzen sein wird.“

Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelesene Zeitung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden. Die Zeitung ist ein gutes Werbemittel für den Verband!

Aus dem Ruhrgebiet.

Von den Rahmentarifverhandlungen.

Bei den am 23. April in Essen stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeitergewerkschaften über die Neuregelung des Manteltarifes für den Ruhrbergbau begründeten die Unternehmer zunächst ihre Abänderungsvorschläge.

Als Hauptgrund für die geforderten Verschlechterungen erwähnten sie die Notwendigkeit einer weiteren Selbstkostenerleichterung. Die allgemeine Preisentwicklung macht nach ihrer Meinung eine Senkung der Gesehungskosten und damit eine Herabsetzung der Arbeitskosten notwendig. Die Bergarbeitervertreter (für unsern Verband nahmen die Kameraden Martini und Meier an den Verhandlungen teil) erkannten diese Gründe nicht an, da trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise das Leistungsergebnis pro Mann und Schicht in der letzten Zeit weiter gestiegen sei. Sie machten deshalb eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen. So verlangten sie vor allem für die Untertagearbeiter eine tarifliche Schichtzeit von 6 1/2, für die Ubertagearbeiter eine solche von 7 Stunden. An Arbeitspunkten mit mehr als 28 Grad Celsius soll die tarifliche Schichtzeit 5 1/2 Stunden betragen.

Hinsichtlich des Urlaubes verlangten die Bergarbeiter für alle Kategorien einen Tag mehr als bisher und eine Erhöhung des Höchsturlaubes von 12 auf 15 Tage. Der Mindestlohn für Gedingearbeiter, der bisher dem höchsten Reparaturarbeiter gleich stand, soll um 15 Prozent erhöht werden. Ferner verlangten die Gewerkschaften, daß die Lieferung der Hausbrandkohle in allen Fällen, wo zwei oder mehr Familienmitglieder im Bergbau beschäftigt sind, besser und einwandfreier als bisher erfolgt. Bezüglich der unentgeltlichen Lieferung der Gezüge, Geleuchte und Sprengstoffe wurden ebenfalls Verbesserungsanträge gestellt.

Da jede Tarifpartei auf ihrem Standpunkt beharrte und eine Annäherung nicht zu erzielen war, mußten die Verhandlungen nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen werden.

Gibt kommunistisch und „revolutionär“.

Der Angriff der Ruhrbergbauunternehmer auf den Manteltarif ist für die Bergarbeiter von großer Bedeutung, denn alle Rechte, die der Manteltarif in bezug auf Urlaub, Sozialzulagen, Arbeitszeit usw. gewährt, sind gewerkschaftliche Errungenschaften. Daß die Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, diese Errungenschaften zu verteidigen und weitere Verbesserungen zu erzielen, ist selbstverständlich. Die Haltung der Gewerkschaften bei dem jetzigen Tarifkonflikt konnte deshalb gar nicht anders sein, als daß sie sich jeder Verschlechterung widersetzen und entsprechende Verbesserungen fordern, und zwar um so mehr, weil die Zeitverhältnisse gebieterisch derartige Änderungen verlangen.

Wie wird diese Haltung nun von der kommunistischen Partei beurteilt? In der Ausgabe vom 24. April nimmt die kommunistische Presse des Ruhrgebietes zu den Forderungen der Bergarbeitergewerkschaften näher Stellung, indem sie schreibt: „Solche Forderungen sollen den Kumpels Sand in die Augen streuen. Es wird keinen Menschen im Ruhrgebiet geben, der an die Ernsthaftigkeit solcher Vorschläge glaubt.“ Für dieses Verhalten der kommunistischen Revolutionäre gibt es nur eine Erklärung, daß sie von sich auf andere schließen. Richtig ist nämlich, daß die Tausende von Kampfprogrammen, die in den letzten zwölf Jahren von den Kommunisten fabriziert worden sind, nicht ernst genommen werden. Daß aber die kommunistischen Soldatensoldaten den Mut finden, die Gewerkschaftsarbeit mit dem kommunistischen Theater auf eine Stufe zu stellen, ist ein starkes Stück. Denn auch dem letzten Arbeiter ist bewußt, daß beispielsweise die ungeheure Arbeitslosigkeit zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zwingt und die Gewerkschaften mit Nachdruck auf der ganzen Linie für die Verwirklichung der vierzigstündigen Woche eintreten. Soweit bis jetzt die Dinge überblickt werden können, kann und wird diese Aktion nicht ohne Erfolg bleiben. Nur weltfremde Idioten können deshalb davon faheln, daß man mit diesen zeitgemäßen Forderungen den Kumpels Sand in die Augen streuen wolle. Man könnte deshalb den kommunistischen Unfinn ruhig übersehen. Aber dennoch erscheint es zweckmäßig, festzustellen, daß inmitten einer großen Auseinandersetzung mit einem hartnäckigen Unternehmertum die Kommunisten und „Revolutionäre“ nicht auf Seiten der Gewerkschaften stehen, sondern durch ihr Verhalten dem Unternehmertum einen Anreiz geben, unter allen Umständen an seinen reaktionären Forderungen festzuhalten. Nur so ist es auch zu erklären, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ den kommunistischen Zuwachs bei den Betriebsratswahlen mit folgenden Worten begrüßte: „Damit ist der bereits von kommunistischer Seite angekündigte und vor Jahren schon einmal begonnene Prozeß der inneren Auslöschung der Gewerkschaften und die Zerstückelung durch Kommunisten in der Gewerkschaft selbst erneut in Gang gekommen.“ Die Schadenfreude der Unternehmer und die Schreibweise der kommunistischen Presse ist also völlig einseitlich, indem man in jedem Falle versucht, den verhassten Gewerkschaften eins auszuwichen. Und das nennen gewisse Leute revolutionäre und radikale Arbeiterpolitik. Pfuui Teufel!

Merztliche Gutachten am laufenden Band.

Daß es unter den Ärzten viele fleißige Arbeiter gibt, die neben einer ausgedehnten Praxis noch alle möglichen Nebenarbeiten versehen, ist an und für sich nicht unerfreulich. Unersetzlich für die Patienten wird es aber, wenn solche vielbeschäftigten Herren so stark in Anspruch genommen werden, daß sie dem einzelnen Fall nicht mehr die notwendige Zeit widmen können. Zu diesen hier erwähnten Ärzten scheint auch Dr. Tegler (Bochum) zu gehören. Soweit uns bekannt ist, soll Dr. Tegler namentlich für die Sektion II der Knappschaffsberufsgenossenschaft als Vertrauensgutachter tätig sein. Von dieser Gutachterfähigkeit sind leider die Unfallverletzten wenig erbaut. Allem Anschein nach haben sie auch Ursache hierzu.

Uebergab uns doch vor einiger Zeit ein Kamerad ein Gutachten, das die Tätigkeit dieses Arztes nicht gerade im günstigen Licht erscheinen läßt. Dr. Tegler hat in diesem Falle in einer Unfallversicherungssache (M. G.) ein Gutachten abgegeben und darin festgestellt, daß die für die Folgen eines Unfalls vom 22. Februar 1926 gewährte Rente von 30 auf 20 Prozent herabgesetzt werden kann. Wenn dieses Gutachten nach eingehender Untersuchung einwandfreie Feststellungen treffen und diese begründen würde, ließe sich gegen die subjektive Ansicht des Arztes vom Standpunkt eines Laien nicht viel sagen. Er kann eben zu so einer Ansicht kommen.

Die Art der Feststellungen, die Dr. Tegler in seinem Gutachten trat, muß aber die Unfallverletzten mit schärfstem Mißtrauen gegen seine Gutachterfähigkeit erfüllen. Dr. T. läßt nämlich den Kameraden G. bereits 64 Jahre alt sein und seinem Alter entsprechend erscheinen, obgleich dieser erst 1895 geboren ist! Technisch verhält es sich mit den übrigen Feststellungen. Kurzum, in dem Gutachten laufen anscheinend mehrere Personen

durcheinander. Man kann sich solche Vorkommnisse nicht anders erklären, als daß Dr. Tegler serienweise untersucht und später die Gutachten ebenso schreibt oder niederschreiben läßt.

Daß die Verletzten unter solchen Umständen zu der Ansicht kommen müssen, daß hier Gutachten am laufenden Band hergestellt werden, ist erklärlich. Soll die ganze Gutachterfähigkeit nicht in Mißkredit gebracht werden, muß man dafür sorgen, daß einzelne Ärzte nicht übermäßig zu solcher Tätigkeit herangezogen werden, gibt es doch genug tüchtige Ärzte, die nicht so belastet sind und jedenfalls ebenso in der Lage sind, Gutachten abzugeben wie die wenigen Vertrauensärzte der Sektion II. Hoffentlich werden diese Zeiten genügen, um dem Uebelstande abzuhelfen!

Der schlafende Betriebsführer!

Zollverein, Schacht 6-9, hat seit 1 1/2 Jahren einen neuen Betriebsführer. Dieser Herr ist sehr streng und auf jede Minute Zeit bedacht. Kein Arbeiter oder Beamter darf sich hinsetzen, um sein Butterbrot zu essen oder um sich einen Moment auszuruhen. Verschläft sich ein Kumpel einmal, diesem Herrn kann das „nicht passieren“.

Dieser Betriebsführer aber, der schon einmal, wie durch Gerichtsbeschluss festgestellt worden ist, auf der Grube Thyssen 2-5 schlafend angetroffen wurde und der auch in der letzten Zeit auf Zollverein 6-9 auf einer Gehäufte schlafend die Zeit verbrachte und schnarchte wie der Wolf im „Kloppchen“ ist ein tüchtiger Mann; er kann es nur nicht verstehen, daß anders sich nicht an Ordnung gewöhnen können. Dieser tüchtige Mann, der Riesenkräfte besitzt, wäre besser zu etwas anderem zu gebrauchen, aber auf den Posten, den er jetzt inne hat, paßt er nicht.

Die Verwaltung spricht immer von „Sparmaßnahmen“; hier wäre der richtige Platz, um zu sparen, denn für eine solche kleine Belegschaft (650 Mann) brauchen wir keinen Betriebsführer, zwei Fahrsteiger und noch einen Wettersteiger; der erstere ist bestimmt überflüssig, das beweist die verschlafene Zeit.

Vielleicht aber läßt der Herr sich diese Notiz auch zur Warnung dienen, um die „Schuld“ der Arbeiter in Zukunft nach dem Maße zu messen, nach dem er seine eigene auch mißt.

Aus Mitteldeutschland.

Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung in der mitteldeutschen Braunkohle.

Die allgemeine arbeitsmarktpolitische Lage und die Auswirkungen, die die Wirtschaftskrise auch im Braunkohlenbergbau zeitigte, veranlaßte die am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften, Mitte Februar in einer Eingabe an den Arbeitgeberverband heranzutreten, um die Möglichkeiten einer Herabsetzung der Arbeitszeit zu prüfen. Es fanden aus diesem Anlaß am 17. und 31. März sowie am 13. April d. J. Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Halle statt. Ueber das bisherige Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in einer am 19. April d. J. von rund 400 Funktionären der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften abgehaltenen Konferenz in Halle Stellung genommen.

Kamerad Schmidt (Bochum) vom Hauptvorstand unseres Verbandes gab den Verhandlungsbericht und betonte eingangs in seiner Ausführung, daß die Gewerkschaften aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eine weitere Beibehaltung der Mehrarbeit im Braunkohlenbergbau für unmöglich hielten. Die Unternehmer lehnten bei den ersten Verhandlungen die grundsätzliche Auffassung der Gewerkschaften ab. Sie betrachteten eine eventuelle Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme. Da sie aber aus bestimmten Gründen auch ein Interesse an einer besseren Beschäftigung der Betriebe haben, verhielten sie sich nicht prinzipiell ablehnend gegenüber den Wünschen der Gewerkschaften. Nachdem von den Arbeitnehmervertretern die Wünsche vorgetragen waren, die darauf hinausgingen, die tarifliche Arbeitszeit allgemein im Braunkohlenbergbau einzuführen, erklärten die Unternehmer, daß sie in ihrem Kreise zu diesen Vorschlägen erst Stellung nehmen müßten.

In der zweiten Verhandlung machten die Unternehmer einen Gegenvorschlag, indem sie bezüglich der Arbeitszeit in den Tagebau- und Abraumbetrieben sowie durchgehenden Anlagen unserer Auffassung entgegenkamen. Für den Tiefbau hielten sie eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht für tragbar. Sie behaupten, daß der Tiefbau eine weitere Belastung nicht tragen könne, wenn er lebensfähig bleiben solle. In den durchgehenden Betrieben sollte nach Auffassung der Arbeitgeber die Pause bei einer dreiteiligen Schicht ans Ende der Arbeitszeit gelegt werden.

An Stelle der bisher geltenden Schichtlöhne forderten die Unternehmer die Einführung der Stundenlöhne. Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit könne ebenfalls nicht gegeben werden, sondern die Arbeiter müßten auch die Lohnstrafe für diese verkürzte Arbeitszeit mit in Kauf nehmen.

Diese Vorschläge der Unternehmer wurden von den Gewerkschaften als nicht tragbar für die Arbeiterchaft abgelehnt. Letztere betonten, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau mit seinen niedrigen Löhnen durchaus in der Lage sei, den Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit zu tragen. Es ist allgemein bekannt, daß trotz zweimaligen Lohnerböhrungen der Effektivlohn des einzelnen Arbeiters nicht gestiegen, sondern teilweise gesunken sei. Das Lohnkonto der Unternehmer ist infolge dessen in den letzten zwei Jahren gesunken. Betrachtet man die Geschäftsergebnisse der großen Braunkohlengesellschaften, die in der letzten Zeit veröffentlicht worden sind, im Vergleich zum Jahre 1929, so findet man allgemein eine gleichmäßige Dividendenverteilung bei fast gleichen Gewinnen. Die Iffe Bergbau-AG, Niederschweigsche Kohlenwerke, Eintracht Braunkohlenwerke, Brientaler Kohlenwerke verteilen für das Geschäftsjahr 1930 wieder 10 Prozent Dividende wie im Jahre 1929.

In der anschließenden Aussprache beteiligten sich Vertreter aus allen Revieren, die betonten, daß der Vorschlag der Unternehmer völlig ungenügend sei. Von den Funktionären aus den Tiefbaubetrieben, aber auch Tagesanlagen, wurde erklärt, daß eine Arbeitszeitverkürzung unter allen Umständen auch für den Tiefbau eintreten müsse. Gleichfalls wurde von den Delegierten das Angebot der Unternehmer bezüglich des Lohnausgleichs als ungenügend angesehen. Sie beauftragten die Gewerkschaftsleitungen, bei den kommenden Verhandlungen mit den Unternehmern dafür Sorge zu tragen, daß der Tiefbau in die Arbeitszeitverkürzung einbezogen werde.

Nach dem Schlusswort des Referenten, in dem er nochmals auf die aufgeworfenen Fragen einging und betonte, daß auch wir als Gewerkschaften alles tun müßten, um mit beizutragen, das Arbeitslosentum zu verringern, wurde folgende

Entscheidung

von der Konferenz einstimmig angenommen:
„Die am 19. April 1931 in Halle tagende Delegiertenkonferenz für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau anerkennt die Tätigkeit und die Bemühungen der am mitteldeutschen Braunkohlentarifvertrag beteiligten Gewerkschaften um die Verkürzung der bis jetzt noch bestehenden täglichen langen Arbeitszeit und

billigt ausdrücklich das Vorgehen der Gewerkschaften. Angeichts der großen Arbeitslosigkeit und der besonderen Lage auf dem Kohlenmarkt, wie sie schon seit mehreren Jahren vorhanden ist, hält die Konferenz eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für eine dringende Notwendigkeit. Die Verkürzung derselben muß aber auch auf die Arbeiter im Tiefbau ausgedehnt werden. Es ist unmöglich, für die Arbeiter unter Tage eine längere Arbeitszeit zu behalten, als für die Arbeiter über Tage. Die Schwere der Arbeit unter Tage erfordert im Gegenteil, wie das auch bisher üblich war, eine kürzere Arbeitszeit als über Tage.

Über auch das Angebot der Unternehmer in der Frage des Lohnausgleichs erachtet die Konferenz als nicht genügend. Der Braunkohlenbergbau kann in Anbetracht seiner guten wirtschaftlichen Lage, wie das auch bereits die vorliegenden Geschäftsberichte einer größeren Anzahl Braunkohlengesellschaften für das abgelaufene Geschäftsjahr 1930 beweisen, an Lohnausgleich bei Einführung der verkürzten Arbeitszeit mehr als der Unternehmervorschlag enthält, tragen. Die Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind so niedrig, daß eine derartige Kürzung, wie sie die Unternehmer in ihrem Angebot zum Ausdruck bringen, den Belegschaften außerordentliche Lasten auferlegt.

Die Konferenz fordert daher die Gewerkschaften auf, die Verhandlungen weiter zu führen. Im Falle eines Scheiterns derselben beauftragt die Konferenz die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften, die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens zum ersten zulässigen Termin auszusprechen.“

In einer neuen Verhandlung mit den Unternehmern erklärten sich dieselben zu folgender Arbeitszeitregelung bereit:

Die Arbeitszeit wird in den Tagebauen einschließlich der Nebenbetriebe auf 8 Stunden verkürzt ausschließlich einer halben Stunde Pause. Die Schichtzeit in den Tiefbaugruben wird verkürzt im Kernrevier von 8 1/2 auf 8 1/4 Stunden und in den Randrevieren von 9 auf 8 3/4 Stunden. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt also in einem Teil der Tagebaubetriebe (Abraum und Grube) eine halbe Stunde und in den durchgehenden Betrieben täglich eine Stunde.

In den ersteren sind beschäftigt rund 30- bis 31 000 Arbeiter und in den durchgehenden Betrieben rund 18 000 Arbeiter. Umgerechnet ergibt sich eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit um 7,8 Prozent. Das bedeutet, vom Spitzenlohn aus gerechnet (6,85 M.) 54 Pf. Lohnreduzierung. Davon sollen die Arbeitgeber 9 Pf. und die Belegschaft 45 Pf. tragen. Die Unternehmer übernahmen also auf Grund ihres Vorschlags annähernd 17 Prozent und die Arbeiter 83 Prozent. Die Arbeiter im Tiefbau erhalten eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde. Dabei soll der Spitzenlohn des Tiefbauarbeiters um 20 Pf. täglich gekürzt werden.

Das Abkommen soll laufen bis Jahresende 1931 und ist mit monatlicher Frist kündbar. An Stelle der bisherigen Schichtlöhne sollen Stundenlöhne eingeführt werden. Die Organisationsvertreter haben sich ihre eigene Stellungnahme vorbehalten.

Aus dem Saarrevier.

Grubenstilllegungen.

Die Generaldirektion der Saargruben hat den Tarifgewerkschaften im Monat März angekündigt, daß ab 1. Juli die Grube Dilsburg, zu der Inspektion Göttesborn gehörend, stillgelegt werden soll. Ebenfalls sollen stillgelegt werden die Schachtanlagen Rudolf und Anna der Inspektion Pülsental.

Mit diesen Maßnahmen begibt sich die Generaldirektion auf den Weg, im Interesse des Profits Erbschätze unausgebeutet zu lassen und damit Volksvermögen zu verschleudern. Die Grube Dilsburg hat eine Belegschaft von 664 Arbeitern unter Tage und 116 über Tage, dazu 30 Beamte und Angestellte, insgesamt 810 Personen. Die Beschaffenheit der Flammkohle ist wohl nicht erstklassig, jedoch die Leistung der Belegschaft nicht ungenügend.

Im Monat August 1930 betrug bei 24 Schichten die Förderung 520 T., im Monat Februar 1931 bei 21 Schichten 688 T. pro Schicht im Monatsdurchschnitt. Im Monat März stieg die Förderung weiter auf 712 T. täglich. Die Kopfleistung der Untertagearbeiter betrug im Monat März 1931 etwa 1,07 T., die Kopfleistung der ganzen Belegschaft einschließlich Beamte 879 Kg. Im Durchschnitt betrug im Jahre 1930 die Kopfleistung aller Saargruben 874 Kg., so daß auf Grube Dilsburg die Durchschnittsleistung erzielt wurde.

Aus den vorstehenden Zahlen ist ersichtlich, daß der Betrieb der Grube Dilsburg auch finanziell gesehen, nicht besonders ungünstig sein kann. Dazu kommt, daß Vorrichtungen, für die größere Beträge verausgabt wurden, für längere Zeit eine Kohlenausbeute ermöglichen.

Die Grubenverwaltung begründete die Stilllegung mit dem finanziellen Ergebnis, sowie der schlechten Beschaffenheit der Kohle. Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß es Gruben im Saargebiet gibt, welche ertragreicher sind, jedoch die Saargruben bilden einen geschlossenen Wirtschaftskörper, welcher einen Arbeitgeber hat, so daß die Wirtschaftlichkeit der Saargruben als gegeben angesehen werden muß.

Die Grube Dilsburg gehört des weiteren zu den Gruben, die noch keine große Tiefe aufweisen. Gebaut wird auf der Hundert- und Zweihundertmeterhöhe.

Die Grubenverwaltung hat die Absicht, den Förderer auf die tieferen Sohlen zu versetzen, um die Beschaffenheit der Kohle bei der tieferen Lage festzustellen. Zu dieser Arbeit sollen ungefähr 150 Arbeiter auf der Grube bleiben.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter im Verein mit der Belegschaft und den Kommunalverbänden, hat sich bei der Grubendirektion bemüht, um den Landabfah der Grube Dilsburg zu erhalten. Dadurch könnten weitere hundert Mann gehalten werden und die Gemeinden wären durch den Ausfall der Grubensteuer nicht so stark gefährdet.

Die Möglichkeit des Landabfahes wäre gegeben, da ein ansteigender Querschichtes an Tag ermöglicht, ohne die Abteufung des Fördererchachtes zu berühren. Die Bürgermeister der in Frage kommenden Orte als Kohlenkonsumenten hatten sich bereit erklärt, eine Regelung des Abfahes zu veranlassen, um eine gleichmäßige Abnahme der Landabfahkohle zu ermöglichen.

Auch dieser Antrag ist nun von der Generaldirektion in ablehnendem Sinne beschieden, da die Kosten pro Tonne diejenigen anderer Gruben stark übersteigen sollen.

Die Stilllegung bringt den beteiligten Gemeinden einen starken Steuerausfall. Die Arbeiter müssen auf andere Gruben verlegt werden.

Nach der Entscheidung der Grubenverwaltung bleibt nur die Hoffnung, daß die tiefer gelagerten Flöze eine

